

Gender Mainstreaming – Leben in der Stadt

Gender Loops – Ein Wortungetüm zieht seine Kreise · **Gender Mainstreaming** in der Praxis · **Angsträume** – Angstträume – Freiräume · **Stadtplanung** wider den Tunnelblick · **Spielflächen** für Mädchen und Buben · **Personalplanung** nach Maß
Gender Mainstreaming in München · **Gleiche Chancen:** Die beruhigte Stadt

Seit dem Amsterdamer Vertrag, der 1999 in Kraft trat, ist mit dem Begriff Gender Mainstreaming das Ziel europäischer Gleichstellungspolitik umrissen. Geplant ist die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen der Gesellschaft. In die Stadtverwaltung findet die Gleichstellungspolitik Eingang über ihre Integration in verschiedene Ämter. Zu diesem Zweck hat die Stadt Nürnberg mit neun Pilotdienststellen entsprechende Genderprozesse in die Wege geleitet. Eine dieser Pilotdienststellen ist das Stadtplanungsamt, das mit „Gender Mainstreaming – Leben in der Stadt“ nun ein leserfreundliches Magazin vorlegt, das verschiedenste Facetten zum Thema Planen und Bauen beleuchtet. Zugleich kommt die Stadt Nürnberg mit der vorliegenden Publikation dem Wunsch nach mehr Transparenz entgegen wie ihn viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend äußern.





Inhalt

- | | | | |
|----|---|----|---|
| 4 | Einleitung
Gender Loops – Ein Wortungetüm zieht seine Kreise | 20 | Spielflächen für Mädchen und Buben
Von gendergerechten Spielgeräten und coolen Lümmelgruppen |
| 6 | Gender Mainstreaming in der Praxis
Prioritäten setzen und Interessen gerecht abwägen | 22 | Personalplanung nach Maß
Über Teilzeitmodelle, Frauen und Männer in Teilzeit und als Führungskräfte |
| 13 | Angsträume – Angstträume – Freiräume
Öffentlicher Raum unter der Schirmherrschaft von Fantasie und Vernunft | 24 | Gender Mainstreaming in München
Vorzeigeprojekt Nordhaide
Sicht eines Bewohners |
| 18 | Stadtplanung wider den Tunnelblick
Nürnberg als Teilnehmer am bundesweiten „Wettbewerb Kommunen im neuen Licht“ | 27 | Gleiche Chancen: Die beruhigte Stadt
Neugestaltung der Schiffgasse in Amberg |

Bildnachweis

Titelbild: Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt (Susanne Wenninger); S. 2, 3, 7, 9 u. l., 14, 15, 21, 27, 30: Sigrid Merkl; S. 4: Stadt Nürnberg, Presse- und Informationsamt (Ralf Schedlbauer); S. 6, 9 u. r., 13: Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt; S. 9 o. l./r., S. 10 u. l./r.: Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung; S. 19: Stadt Nürnberg, Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg; S. 20: Stadt Nürnberg, Jugendamt; S. 24, 25: Landeshauptstadt München, Michael Hardi; S. 28: Stadt Amberg. Cartoons S. 5, 11, 16, 26, 31: Quirin Bäumler, Wernberg-Köblitz/Berlin

Impressum

Herausgeber: Stadt Nürnberg, Baureferat/Stadtplanungsamt
Projektleitung: Monika Lindner-Rosner, Josef Weber
Redaktion, Texte (sofern nicht namentlich anders gekennzeichnet), Interviews: Sigrid Merkl M. A., STEINPFALZ Publikationen e. K., Amberg
Herstellung: Johannes Kojer, München
Druck: Frischmann Druck und Medien GmbH & Co. KG, Amberg

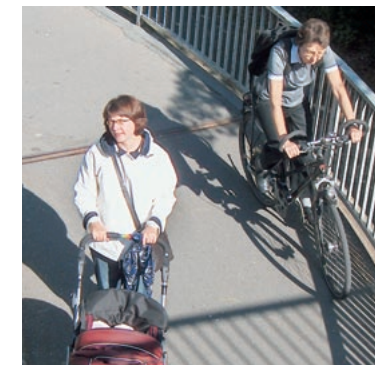
Editorial

Gender Mainstreaming ist ein bisschen wie... ? Na? Wie fällt die Antwort auf diese Frage wohl aus?

Sehr unterschiedlich, das ist sicher! Denn schließlich geht es ja genau darum: Um den kleinen, den nicht ganz so kleinen oder sogar großen, um den kleinen, aber feinen... Unterschied. Auch deshalb haben wir das Thema Gender Mainstreaming in diesem Heft zum Teil einmal gegen den Strich gebürstet. Natürlich wissen wir, dass Gender Mainstreaming normalerweise mit den Großbuchstaben GM abgekürzt wird.

Wegen unserer freien Übersetzung ins Deutsche mit „**Gerechtigkeit macht Schule**“ haben wir uns – ebenfalls sehr freigeistig – für das Kürzel **GMS** entschieden, was übrigens den zusätzlichen Vorteil hat, dass sich Verwechslungen mit dem gleichnamigen Autokonzern erübrigen.

Unsere Übersetzung von Gender Mainstreaming kam nicht von ungefähr, sondern auf Grund eines Wunsches. Josef Weber, Stadtplaner und Leiter Stadtplanungsamt Nürnberg, hatte sich an Stelle des unhandlichen „Gender Mainstreaming“ ein Wort gewünscht, das den Sachverhalt, der damit gemeint ist, möglichst genau im Deutschen ausdrückt. „Gleichstellung heißt das Ziel, Gender Mainstreaming ist der Weg dorthin“, lautet eine schlüssige Umschreibung. Gleichstellung lässt sich aber nur erreichen, wenn wir dafür sorgen, dass es möglichst gerecht zugeht.



Gender Mainstreaming ist ein bisschen wie „in eine Rolle schlüpfen und sich Vorstellungen zu machen, wie andere denken könnten“, fasst Josef Weber seine Sicht kurz zusammen. „Versuche in diese Richtung hat es immer wieder gegeben, auch schon in den 1960er und 1970er Jahren. Unser Status als Pilotdienststelle Gender Mainstreaming hat den Fokus einmal wieder neu darauf gerichtet.“ Einige SpezialistInnen, die sich am Stadtplanungsamt Nürnberg, beim Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg (SÖR), bei der Personalvertretung, in der Kinder- und Jugendarbeit und als Gleichstellungsbeauftragte mit dem Thema Gender Mainstreaming beschäftigen, kommen in diesem Heft mit ihren je eigenen Blickwinkeln und Schwerpunkten zu Wort. Um die Bandbreite noch zu erweitern, haben wir die bayerischen Städte München und Amberg mit je einem Projekt mit einbezogen.

Die Redaktion

Gender Loops – Ein Wortungetüm zieht seine Kreise



Josef Weber, Stadtplaner,
Leiter Stadtplanungsamt Nürnberg.

Gender Mainstreaming ist in aller Munde, spickt Zeitungen und Fachzeitschriften, füllt Tagungsordnungen. Das Wortungetüm Gender Mainstreaming – bisher hat sich leider noch kein griffigerer Begriff für das Phänomen einbürgern können – scheint niemanden davon abzuhalten, sich mit den zugehörigen Inhalten zu beschäftigen. Was wird nicht alles „gegendert“? Schon gibt es Untersuchungen zur Präsenz von Frauen an den Marktständen auf dem Münchener Christkindlesmarkt oder zu der Frage, welche Regierungsbezirke sich in Bayern „abgehängt“ respektive benachteiligt fühlen. Dies alles unter der Kapitelüberschrift Gender Mainstreaming.

Der Begriff scheint einen Nerv zu treffen, und zwar empfindlich. Er wird geschwenkt wie eine weiße Fahne, unter der sich ins Reine bringen lässt, was sich sonst nur als dumpfes Unwohlsein in den Grauzonen zwischenmenschlichen Miteinanders abspielt. Gerechtigkeit herzustellen und dafür zu sorgen, dass Gerechtigkeit Schule macht, gestaltet sich als anspruchsvolle und vielschichtige Aufgabe.

Mit dem englischen Begriff Gender ist übrigens nicht ausschließlich das biologische Geschlecht gemeint, also der kleine Unterschied körperlicher Art, sondern das soziale Geschlecht wie es sich in einzelnen sozialen Gruppen mit- und verbindet. Hauptcharakteristika abzeichnet. Dazu gehören Familien und Singles, ferner Kinder, Jugendliche und Senioren. Dazu gehören so genannte Gesunde und Menschen mit körperlichen und/oder seelischen Störungen. Dazu gehören Männer und Frauen, deutschstämmige BürgerInnen wie auch ImmigrantInnen, und zwar mit ihren jeweiligen Wünschen und Bedürfnissen.

Gender-Brille: Der andere Blick

Systeme bestehen aus Elementen und den Verknüpfungen (Relationen) zwischen diesen Elementen. Im Grunde kann man tatsächlich jedes System „gendern“, also auf seine Geschlechtergerechtigkeit hin überprüfen, sei es nun das System Christkindlesmarkt mit seinen Verkaufsständen oder das System Bayern mit seinen Regierungsbezirken. Umso mehr gilt dies für ein so komplexes System wie den öffentlichen Raum. Die Interessen aller Bevölkerungsgruppen sollen bei seiner Gestaltung berücksichtigt werden, damit möglichst niemand benachteiligt wird, schon gar nicht immer wieder, also systematisch.

Ein Beispiel betrifft die Gerechtigkeit in der Gleichbehandlung von Frau und Mann. Hier besteht Nachholbedarf wie sich etwa ablesen lässt am immer noch eklatanten Mangel an Frauen in Führungspositionen. Die Bereitschaft, eigene Einschätzungen zu hinterfragen, kann in jedem Fall sinnvoll sein. Dies gilt in vielen Fällen für beiderlei Geschlecht, denn Männer wissen nicht automatisch, was für Frauen richtig und wichtig ist, und umgekehrt. Es geht hier ausdrücklich nicht darum, die biologischen Geschlechter gegen einander auszuspielen (was weder Freude bereitet noch zu mehr Gleichstellung führt), sondern ausschließlich um die Mechanismen selektiver Wahrnehmung. Auf einen entsprechenden diskursiven Klärungsprozess sollten daher alle Instanzen große Aufmerksamkeit und Sorgfalt verwenden.

Bei den Planungen wird in Sachen Abwägung, insbesondere was Frauen und Kinder betrifft, oft ein breiter Konsens vorausgesetzt, von dem man glaubt, dass er die Interessen aller berücksichtigen würde. Es ist aber zu überprüfen, ob dieser Konsens tatsächlich gegeben ist bzw. ob sich die Geschlechterperspektiven tatsächlich decken. Auf dieser Folie muss sich auch hinterfragen lassen, ob eine „Stadt der Frauen“ nicht völlig anders aussehen würde als eine Stadt, die in weiten Teilen von Männern erbaut wurde.

Josef Weber, Stadtplaner und Leiter Stadtplanungsamt Nürnberg, bezweifelt dies: „Ich weiß nicht, ob die ‚Stadt der Frauen‘ anders aussehen würde. Vielleicht würde sie sich im Detail unterscheiden. Meine Einschätzung ist: Sie würde sich manchmal mehr mit dem Thema Ästhetik als mit der Funktion auseinander setzen. Und das Zweite: Sie würde von der Betrachtungsebene her mehr versuchen, feine Vernetzungen zu denken. Aber schlussendlich würde die ‚Stadt der Frauen‘ nicht viel anders aussehen, höchstens ein bisschen langweiliger, wenn die Männer fehlen.“

Was aber, wenn es sich genau anders herum verhält und sich eine „Stadt der Frauen“ wider Erwarten doch ganz anders präsentieren würde: Als ein durchlässiges Gebilde womöglich, welches sich viel mehr in die Breite ergeben würde als in die Höhe, viel mehr ins Grüne als ins Graue,

viel mehr ins horizontale Miteinander als ins vertikale Übereinander? Laut Friedensreich Hundertwasser etwa gehört die Vertikale dem Menschen an, die Horizontale der Natur. Was, wenn die „Stadt der Frauen“ dem Rechnung tragen würde und beispielsweise sämtliche Horizontalen begrünen?

GMS eröffnet ein weites Spielfeld, und die Mannschaften müssen sich immer wieder neu aufstellen, damit ein verbindlicher Teamgeist entsteht. Man/frau höre und staune: GMS kann tatsächlich Spaß machen, aber erst (wie bei eigentlich allen Spielen), wenn gewisse Anfangsschwierigkeiten überwunden und die Spielregeln gelernt und verinnerlicht sind. Dann nämlich kann es zu interessanten, lustigen und befreienden Aha-Effekten kommen. Und wer würde nicht gern für mehr Gerechtigkeit sorgen?

Mühsam, aber lohnend: Der Weg ist das Ziel

Nur wer mitspielt, kann gewinnen! Dieser Grundsatz gilt auch für GMS. Gleichstellung lautet das Ziel, das wir hier für unsere Zwecke mit dem altmodischen Wort Gerechtigkeit benennen wollen. Auf dem Weg dorthin sind eine gewisse Risikobereitschaft gefragt und damit verbunden der Mut, Neues zu wagen, umzudenken, Klischees in Frage zu stellen, ferner Rollenmuster sowie festgefahrene hierarchische Strukturen aufzubrechen. Bedarf besteht. Sonst wäre das Wortungetüm Gender Mainstreaming nicht allgegenwärtig. Es zieht seine Kreise wie ein Flugzeug, das Loopings fliegt. Es scheint sich einzubürgern. Es taucht einmal hier auf, einmal dort. Manchmal ist es zu sehen, dann wieder nicht, aber kein Zweifel: Es ist immer da!

In Nürnberg ist das Stadtplanungsamt seit 2003 eine von derzeit neun Pilotdienststellen zum Thema Gender Mainstreaming. Es gibt viel Positives zu vermelden: Denkanstöße, konkrete Projekte und Workshops, Sensibilisierung für den Gender-Aspekt. Inzwischen haben sich bei einzelnen MitarbeiterInnen von Stadtplanung Nürnberg je eigene Herangehensweisen herauskristallisiert, die sich keineswegs widersprechen. „Was ist Gender Mainstreaming denn schon anderes als vernünftiges, sachgerechtes Planen?“ fasst etwa Peter Faßbender, Abteilungsleitung Bauabwägungsplanung, zusammen, wenn er den Begriff auf den Punkt bringen soll. Aber was heißt „vernünftig“, bezogen auf den Gender-Aspekt? Auch darüber gehen die Meinungen oft auseinander.

Inzwischen hat sich das anfängliche Chaos gelichtet, wurde mit Hilfe von Kriterienkatalogen der Gender Check an bereits realisierten sowie in Ausarbeitung befindlichen Planungen durchgeführt. Zusammen mit Katharina Sieling (Sachgebietsleitung Strategische räumliche Planung) erläutert Monika Lindner-Rosner (Sachgebiet Bau-



kultur sowie Koordination Gender Mainstreaming im Stadtplanungsamt) in diesem Heft, wie sie dabei vorgeht und inwieweit die Gender-Belange bereits Bestandteil der Planung sind. Als Resultat des Gender Checks erarbeitet sie einen Flyer als Planungshilfe für PlanerInnen und InvestorInnen, der die Gender-Mainstreaming-Kriterien verdeutlicht.

Josef Weber hält den Gender Check fast schon für Routine. Im Hinblick auf GMS abzuwechseln zwischen Distanz und Nähe, zwischen Fokus bzw. Schlaglicht und Überblick, zwischen Blickwinkeln des eigenen und des anderen sozialen und/oder biologischen Geschlechts, zwischen Detail und großem Ganzen, alles das gehört für ihn zum Perspektivwechsel: „Wenn man solche einzelnen Prüfschritte durchläuft, ist es wichtig, auch wieder zum normalen Alltag zurückzugehen, um sich auch wieder anderen Schwerpunkten zuwenden zu können. Wenn wir zur Erkenntnis kommen, dass wir GMS eingebaut haben in unsere Arbeitsstrukturen, dann war das für uns sicher lohnend.“

Gruppenspezifisch und realitätsnah

Zeitgleich zur internen Auseinandersetzung mit dem Thema bei der Stadtplanung Nürnberg haben sich die theoretischen Vorzeichen regional übergreifend ein Stück weit verschoben. Verstärkt werden nun Gruppen unter die Lupe genommen, was im Fachjargon „Diversity Management“ heißt. Es hat sich gezeigt, dass die Grenzen oft nicht einfach geschlechterspezifisch verlaufen, sondern dass Wünsche und Bedürfnisse stark abhängen von der jeweiligen Lebenssituation. In diesem Zusammenhang sei auch das Stichwort Partizipation erwähnt, denn die Gender-Brille eröffnet nur dann einen anderen Blick, wenn Wünsche und Bedürfnisse tatsächlich abgefragt werden, statt die Interessen Betroffener unter einer Käseglocke bestehender Vorurteile einfach als bekannt vorauszusetzen. Partizipation ohne „wenn und aber“ stellen daher Josef Weber und Peter Faßbender übereinstimmend fest, wenn es um die Frage nach BürgerInnenbeteiligung geht. Allerdings können in der Abwägung der verschiedenen Bedürfnisse nicht alle Wünsche umgesetzt werden – eine Binsenweisheit eigentlich, die aber manchmal aus dem Blickfeld gerät.



Monika Lindner-Rosner (links), Sachgebiet Baukultur, Koordination Gender Mainstreaming im Stadtplanungsamt, und Katharina Sieling (rechts), Sachgebietsleitung Strategische räumliche Planung.

Gender Mainstreaming in der Praxis

Prioritäten setzen und Interessen gerecht abwägen Verfeinertes Raster durch Kriterienkatalog

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen fordert der Gesetzgeber, dass insbesondere „die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung,“ zu berücksichtigen sind (Baugesetzbuch § 1 Abs. 6 Satz 3). Allerdings ist der Gender-Mainstreaming-Belang ein Belang unter einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Belangen, die gerecht gegen einander und unter einander abzuwägen sind. Daraus ergibt sich bei der Stadtplanung ein Spannungsfeld, das Monika Lindner-Rosner (Sachgebiet Baukultur sowie Koordination Gender Mainstreaming im Stadtplanungsamt) und Katharina Sieling (Sachgebietsleitung Strategische räumliche Planung) im Interview umreißen.

Welche einzelnen Gruppen müssen bei den baulichen Vorgaben zu GMS berücksichtigt werden?

Frau Lindner-Rosner: Im Gegensatz zur Bauleitplanung gibt es bei der Planung zur Gestaltung von Straßen und Plätzen keine gesetzlichen Vorgaben zur Bürgerbeteiligung. Es bleibt der Stadt selbst überlassen, wie sie die Bürgerbeteiligung durchführt und ob sie Gender-Mainstreaming-Belange berücksichtigt. Bei allen Planungen muss man sich u. a. Fragen stellen wie: Wer ist unmittelbar und mittelbar von der Planung betroffen? Wer nutzt den Raum? Welche Bedürfnisse haben diese Personen oder Gruppen? Dies sind natürlich Frauen und Männer, Mädchen und Jungen mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Es hat sich aber bereits gezeigt, dass Frauen und Männer in vergleichbaren Lebenslagen ähnliche Ansprüche und Bedürfnisse an den Raum stellen. Also müssen auch die Be-

dürfnisse von Personengruppen in ähnlichen Lebenslagen berücksichtigt werden, d. h. berufstätige Frauen und Männer, in Familienarbeit Tätige oder in Kombination von beidem. Dazu gehören Alleinerziehende sowie junge Familien mit Kindern, und es sind die Erfordernisse von Jugendlichen, SeniorInnen und Menschen mit Behinderung zu beachten. Es sollten also die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden, ganz im Sinne von „Diversity management“.

Überschneiden sich diese Interessen insofern, als mit einer „guten“ Planung allen gedient ist?

Frau Lindner-Rosner: Eine gute Planung versucht, sowohl

Diversity Management ist ein Begriff, der ursprünglich aus der Unternehmensführung kommt. Die Verschiedenartigkeit der Menschen hinsichtlich Geschlecht, Alter, Lebensstil, Religion, Behinderung etc. stehen dabei im Fokus. Diversity Management strebt an, diese Vielfalt zu einem Gewinn für die Organisation zu machen. Diversity, also die Vielfalt, soll als Chance begriffen werden, nicht als Problem oder Defizit. Es setzt darauf, die verschiedenen Kompetenzen, Perspektiven, Hintergründe und Erfahrungen nicht nur zu tolerieren, sondern hebt diese im Sinne einer positiven Wertschätzung hervor.

Katharina Sieling



Fertig gestellt 1999: „Frauenfreundliches Wohnen“ in Langwasser. Im Mittelpunkt steht der Spielplatz.

Frauenfreundliches Wohnen in Langwasser

Frauenfreundliches Wohnen als ein Teilbereich von GMS in der Stadtplanung wurde in Nürnberg von 1996 (Auslobung Wettbewerb) bis April 1999 (Einzug der MieterInnen) konsequent umgesetzt. Dies begann mit der Ausschreibung seitens der WBG Nürnberg Gruppe, die sich vorrangig an Architektinnen richtete – Männer waren zwar als Mitarbeiter, aber nicht federführend zugelassen –, und setzte sich fort bei dem in der Ausschreibung geforderten Kriterienkatalog. Dieser kam insbesondere den Bedürfnissen von Frauen und Familien entgegen. Nach Fertigstellung berücksichtigte die MieterInnenauswahl vorrangig Alleinerziehende und Familien. Hervorstechendes Merkmal der frauenfreundlichen Wohnanlage in Langwasser ist ein Spielhof im Zentrum, der den Müttern von der Küche aus jederzeit den Überblick ermöglicht, so dass sie ihre spielenden Kinder immer im Auge behalten können.

die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sowie diejenigen von Frauen und Männern in verschiedenen Lebenslagen zu berücksichtigen. Wir müssen aber auch Partei ergreifen für Nutzergruppen, die sich weniger gut artikulieren können. Eine gute Planung muss die wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte sowie Bauvorschriften beachten, legt aber auch Wert auf Ästhetik und Atmosphäre. Jedoch müssen die PlanerInnen und muss die Politik über das Ziel der Planung entscheiden, auch zugunsten oder zulasten einzelner Gruppen oder Interessen.

Sind diese Kriterien nicht zum Teil unvereinbar?

Frau Lindner-Rosner: Sicher ist es schwierig, allen Anforderungen gerecht zu werden. Aber es ist die Aufgabe der PlanerInnen, Konfliktpotential zu erkennen und so zu planen, anzuordnen und abzuwägen, dass dieses Konfliktpotential so gering wie möglich bleibt. Aber sicher gibt es immer wieder Zielkonflikte.

Ich will versuchen, dies an einem Beispiel zu erklären. Bei der Umgestaltung einer Straße etwa ist das Ziel, die bauliche Situation, aber auch das Wohnumfeld zu verbessern und als Aufenthaltsort zu gestalten. Dazu müssen z. B. Stellplätze neu geordnet werden. Es müssen Bäume gepflanzt und Bänke aufgestellt werden. Häufig entfallen dadurch Stellplätze, was vielen Autofahrern und manchen Geschäftsleuten missfällt. Da das Wohnumfeld der vorwiegende Aufenthalts- und Erholungsort von Familienarbeit Leistenden, von Kindern und älteren Menschen ist, dient

eine Verbesserung des Wohnumfeldes eben diesem Personenkreis. Deshalb müssen die unterschiedlichen Argumente und Interessen diskutiert und letztlich sorgfältig abgewogen werden und eben auch Partei ergriffen und sich für bestimmte Ziele entschieden werden.

Die Vorgaben zu Gender Mainstreaming zeigen ja, dass bestimmte Bedürfnisse bisher nicht oder zu wenig berücksichtigt wurden. Worauf führen Sie das zurück?

Frau Sieling: Ich glaube nicht, dass wirklich Bedürfnisse oder Gruppen nicht oder zu wenig berücksichtigt wurden. Die Beteiligungsformen sind so ausgelegt, dass sich eigentlich jeder informieren und einbringen kann, der das auch will. Grundsätzlich ist aber das Bewusstsein sowohl beim Gesetzgeber als auch bei den PlanerInnen und in der Bevölkerung gewachsen. Aus diesem Grund schauen wir jetzt einfach genauer und differenzierter hin als vor 20 Jahren. Man hat sich auch damals schon Gedanken gemacht über Beteiligungen. Damals waren ebenfalls verschiedene Formen in der Diskussion wie z. B. die Anwaltsplanung in den Quartieren. Bei der zunehmenden Zahl an Sanierungen und Stadterneuerungen ist man auch viel gezielter auf die verschiedenen NutzerInnengruppen zugegangen. Die Geschlechter-Gerechtigkeit im Sinn von Gender war aber früher kein expliziter Bestandteil. Im Gegenzug glaube ich nicht, dass die Ansprüche aus der Bevölkerung an die Gender-Gerechtigkeit damals da gewesen sind. Sowohl auf der Planungsseite als auch auf der Seite der Betroffenen wächst das entsprechende Bewusstsein.

Bei welchen Bauprojekten wurden die Vorgaben zu GMS bereits mit einbezogen?

Frau Lindner-Rosner: Da muss man unterscheiden zwischen fertig gestellten Projekten, Sanierungen bzw. Umnutzungen sowie Planungen. Die Prüfung der Gender-Relevanz muss im Rahmen der Bauleitplanung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Rahmen des Abwägungsprozesses erfolgen und dargelegt werden sowie bei jeder Straßen- und Platzgestaltung.

Was fertig gestellte Projekte betrifft, so wurde bereits 1999 in Langwasser ein Projekt „Frauenfreundliches Wohnen“ verwirklicht. Die WBG Nürnberg Gruppe hat auf Grundlage eines städtebaulichen Realisierungswettbewerbs in intensiver Zusammenarbeit und Beratung mit dem Stadtplanungsamt die Wohnanlage errichtet. Hier wurden der soziale Wohnungsbau qualitativ weiter entwickelt und 33 Wohnungen errichtet, die sich an den unterschiedlichen Wohn- und Lebensbedürfnissen von Frauen orientieren. Die Wohnanlage gruppiert sich um einen offenen autofreien Innenhof mit Kinderspielfeld. Zur Wohnanlage gehört auch ein Gemeinschaftshaus. Der Standort selbst wurde wegen der guten ÖPNV-Anbindung und der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen ausgewählt.

Bei Sanierungen und Umnutzungen wurden Kriterien von GMS schon früh berücksichtigt. Im Rahmen von Stadterneuerung und städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen wurden z. B. die Karl-Bröger Straße, die Celtisstraße,

Frauenfreundliches Planen: Bereits im Jahr 1996 wurden vom Stadtplanungsamt Nürnberg städtebauliche Kriterien für eine frauenfreundliche Planung erstellt und allen Arbeiten zugrunde gelegt. Die Zielsetzungen

- „alle Bevölkerungsgruppen sollen profitieren von der veränderten Prioritätensetzung; keine Negierung einzelner Bevölkerungsgruppen ...
- Keine Festigung bestehender gesellschaftlicher Strukturen bzw. Rollenzuweisungen; es sind Voraussetzungen für die Gleichberechtigung zu schaffen.“

gelten auch im Sinne von Gender Mainstreaming weiter. Vor allem die erarbeiteten Kriterien für die Infrastrukturausstattung, die Verkehrsplanung, für Grünanlagen und Parks sowie das Wohnumfeld können auf eine gendergerechte Planung angewendet werden.

Katharina Sieling

die Breitscheidstraße, der Steinbühler Tunnel und der Aufseßplatz neu gestaltet und umgebaut, wozu umfangreiche BürgerInnenbeteiligungen durchgeführt wurden. Diese fanden teilweise vor Ort statt, teilweise wurden Workshops abgehalten. Es wurden Einzelinteressen und gruppenspezifische Interessen eingebracht, jedoch hat man die Argumente nicht Gender-Belange genannt.

Bauen unter den Vorgaben von GMS überschneidet sich teilweise mit der üblichen städtebaulichen Abwägung. Geht die Berücksichtigung von Gender-Aspekten darüber hinaus?

Frau Sieling: Ich bin der Auffassung, dass in einem gut und sorgfältig durchgeführten Bauleitplanverfahren auch in der Vergangenheit die Belange des Gender Mainstreaming in sehr vielen Fällen berücksichtigt wurden. Aber sie wurden halt nicht Gender-Aspekte genannt. Auf Grund der Einführung des Gender-Aspektes in die Planung und des Gender Checks von Frau Lindner-Rosner wird jetzt den PlanerInnen ein Leitfaden an die Hand gegeben, der die Berücksichtigung der Gender-Belange erleichtern wird und PlanerInnen dafür sensibilisieren soll.

Welche baulichen Maßnahmen kommen im Hinblick auf GMS-Vorgaben konkret hinzu?

Frau Sieling: Die Maßnahmen, die durch die Gender-Prüfung verursacht werden, ergeben sich im Einzelfall. Das kann eine ganze Menge sein, z. B. Begegnungsbereiche, Grünflächen, unterschiedliche Spielflächen für die Belange von Mädchen und Jungen, aber auch die Gestaltung von Straßen und Plätzen, die Vermeidung von Angsträumen und ähnliche Maßnahmen vor allem im öffentlichen Raum.

Können Sie an konkreten Fallbeispielen deutlich machen, wo Ihre Vorgaben zu GMS ansetzen?

Frau Lindner-Rosner: Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass in der Stadtplanung die „Stadt der kurzen Wege“ den meisten Ansprüchen der unterschiedlichen Gruppen in verschiedenen Lebenslagen gerecht wird. Die Prämisse „Innen- vor Außenentwicklung“ verfolgt dieses Ziel. Die Vorgaben zu GMS sind bei Wohngebiet, Gewerbegebiet und bei der Platzgestaltung verschieden. Beim **Wohngebiet** sind eine gemischte Bebauungs- und Nutzungsstruktur, nahe gelegene Infrastruktureinrichtungen, wohnungsnahe Grün-, Frei- und Spielflächen, die Nutzungsqualität des Außenraums, die Erschließung und die Wegebeziehungen zu den benachbarten Quartieren sowie die Anbindung an den ÖPNV und an Fuß- und Radwege wichtige Kriterien. Weitere Kriterien sind die Sicherheit durch Bebauungsstruktur und Sicherheit im öffentlichen Raum, Stichwort: Soziale Kontrolle.



Aufseßplatz in der Südstadt vor und nach der Platzgestaltung: Ein wenig nüchtern oder angenehm funktional? Die Meinungen gehen (wie so oft) auseinander.

Am Beispiel der Entwicklung einer Fläche am Nordostbahnhof, einer ehemaligen Bahnfläche, kann ich das verdeutlichen. Hier soll in innerstädtischer Lage ein kleines Kerngebiet, ein Wohngebiet mit öffentlichen Grünflächen und Kinderspielflächen sowie eine übergeordnete Rad- und Fußwegverbindung entstehen. Es wird das Ziel der Innen- vor Außenentwicklung umgesetzt. Die sozialen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten, Seniorentreffs, medizinische Versorgung und Einkaufsmöglichkeiten liegen in der näheren Umgebung. Es bestehen kurze Wege zu ÖPNV, ferner eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt und des Naherholungsraums, wodurch eine Stadt der kurzen Wege gegeben ist. Dieser Aspekt ist vor allem für Menschen interessant, die Erwerbs- und Versorgungsarbeit leisten, damit sich Beruf und Familienarbeit besser mit einander vereinbaren lassen, sowie für Menschen, die einen eingeschränkten Bewegungsradius haben. Die vorgesehene Ein- und Mehrfamilienhausbebauung sowie die Dichte der Bebauung lassen Belebtheit des öffentlichen

Raums erwarten, was die Sicherheit erhöht. Aufenthalt und Erholung sind auf den wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen mit Kinderspielflächen im Quartier möglich.

Besondere Anforderungen muss ein **Gewerbegebiet** künftig erfüllen. Früher stand der ganztags berufstätige Mann Modell für die angenommene Nutzergruppe. Er fuhr vorwiegend mit dem Auto zur Arbeit und leistete kaum Haus- bzw. Versorgungsarbeit. Heute müssen komplexere Lebensmodelle berücksichtigt werden. Es muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglicht werden. Dabei spielt die Lage des Gewerbegebietes zum Wohnstandort und die Anbindung eine wichtige Rolle. Qualitativ hochwertige Gewerbegebiete zeichnen sich durch eine gute ÖPNV-Erschließung, nahe Einkaufsmöglichkeiten, aber auch Grünflächen zur kurzzeitigen Erholung sowie gute Erreichbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Gute Beispiele sind hier der Nordostpark und die Entwicklung des ehemaligen Triumph-Adler-Areals.



Kurze Wege erlauben auch weniger rüstigen SeniorInnen noch eine gewisse Mobilität.



Ehemaliges Gelände von Triumph-Adler: Freiräume in der Stadtlandschaft, die sich umnutzen lassen.

Als Beispiel für die **Platzgestaltung** kann ich den Aufseßplatz anführen. Er ist Fußgängerzone und wurde von 2003 bis 2005 neu gestaltet. Dort habe ich den Gender Check durchgeführt. Wichtig erscheinen mir die Gender-Mainstreaming-Aspekte der Nutzbarkeit des Platzes. Er sollte Nutzungsvielfalt für unterschiedliche Zielgruppen eröffnen, ferner Aufenthaltsqualität durch belebte und ruhige Bereiche haben – hier spielt die Begrünung eine Rolle –, Zugänglichkeit und Offenheit anbieten, er soll ein Ort der Kommunikation sein.

Ein wesentliches Kriterium ist die Sicherheit. Es soll ein angst- und gefahrfreier Raum sein, der übersichtlich und gut beleuchtet ist. Und er muss ein Ort mit Atmosphäre sein, ein Platz zum Wohlfühlen.

Anhand dieser Kriterien kam ich beim Aufseßplatz zu dem Ergebnis, dass er in vielen Bereichen den Gender-Anforderungen entspricht, aber teilweise doch noch zu wenig Aufenthaltsqualität und Atmosphäre bietet.

Wären über die baulichen Vorgaben hinaus Projekte denkbar, wie Vorgaben von GMS bei bereits bestehenden Bauten, Wohn- und Gewerbegebieten implementiert werden könnten?

Frau Sieling: Grundsätzlich ist es nicht einfach so möglich, in bestehenden Gebieten etwas zu verändern. Man kann zwar als Kommune **Bebauungspläne in bebauten Gebieten** aufstellen. Diese greifen aber erst, wenn Veränderungen anstehen, also z. B. ein Hauseigentümer neu bauen möchte. Dann muss er sich an die Festsetzungen des Bebauungsplanes halten. Aber ansonsten kann der Bebauungsplan alleine keinen Zwang auf bestehende Strukturen ausüben. Da gilt für die bestehenden Nutzungen der Bestandsschutz.

Frau Lindner-Rosner: Trotzdem bieten sich mehrere Möglichkeiten: Bei **Umplanungen**, etwa weil sich ein Gebiet verändert, kann ein neuer B-Plan Gender-Aspekte berücksichtigen. Maßnahmen zu **Stadterneuerung** sind eine Mög-

lichkeit, weil da auch die unterschiedlichen betroffenen Bevölkerungsgruppen intensiv einbezogen werden und die Umsetzung, auch mit Einsatz von Fördergeldern, wesentlich einfacher möglich ist. Thema **gebietsbezogene Aktivitäten** auf der Ebene Stadtentwicklung: Hier werden Einzelprojekte gestartet und umgesetzt, die oftmals gar nicht durch die Bauleitplanung unterstützt werden müssen. Bei **Änderungen und Umplanungen von Straßen und Plätzen** kann man ebenfalls mit GMS-Aspekten einhaken.

Es ist bei kompletten Neuplanungen schwierig, Bedürfnisse künftiger BewohnerInnen oder NutzerInnen vorherzusagen. Sehen Sie eine Möglichkeit, so variabel zu planen, dass sich fertig gestellte Projekte den Bedürfnissen anpassen?

Frau Lindner-Rosner: Ja, wenn die Festsetzungen eines Bebauungsplanes ein breites Nutzungsspektrum ermöglichen. Bebauungspläne sind die Grundlage für die zulässige Nutzung in einem bestimmten Gebiet. Sie legen u. a. die Bauflächen und deren Nutzungsart, den Anteil am Grundstück, der bebaut werden darf, sowie die Höhe der Gebäude fest, ferner die Flächen für Gemeinbedarfseinrichtungen sowie die Straßen und Grünflächen. Wenn die Festsetzungen unterschiedliche Wohnformen (Einfamilienhausbebauung, Geschosswohnungsbau) oder ein breites Spektrum an Nutzungen für vielfältige Wohn- und Arbeitsformen zulassen, wie auch ein Nebeneinander von Wohnen und nicht störendem Gewerbe, können die konkreten Projekte den Bedürfnissen angepasst werden.

Frau Sieling: Es gibt Erfahrungswerte für die Belegung von Gebäuden. Einfamilienhäuser nutzen v. a. Familien mit Kindern, Mehrfamilienhäuser meist Singles oder Paare. Dem entsprechend kann man die Infrastrukturen bereits vorsehen. Wie der Anteil an Jungen und Mädchen ist, das weiß man natürlich nicht, ebenso wenig wie den möglichen Anteil an älteren Menschen oder den Anteil an Al-



*Da raucht schon mal der Kopf:
Es allen recht machen zu wollen,
ist nicht immer einfach.*

die Planungsgrundlagen diskutiert wurden.

Frau Lindner-Rosner: Im Rahmen von Bebauungsplanverfahren sind, wie Frau Sieling bereits dargelegt hat, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und die öffentliche Planauslegung gesetzlich vorgegeben. Darüber hinaus finden teilweise Informationsveranstaltungen vor Ort statt, zu denen die BürgerInnen aus den betroffenen Gebieten eingeladen werden.

leinerziehenden. Die Infrastrukturen müssen mit einer gewissen Flexibilität errichtet werden, so dass sie ggf. nachgerüstet werden können. Was nicht geht, ist zuzuwarten, bis die Bevölkerung da ist, denn die Infrastrukturen müssen gleichzeitig mit den Menschen kommen.

Wie sehen Sie die Chancen betroffener Gruppen, an der Planung teilzunehmen, also die Möglichkeit zur Partizipation?

Frau Sieling: Grundsätzlich können sich alle Gruppen und Einzelpersonen an der Planung beteiligen. Dazu gibt es einerseits die gesetzlich vorgegebenen Beteiligungsformen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung. Darüber hinaus bestehen noch eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten. Bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes für die gesamte Stadt beispielsweise haben wir 25 Runde Tische in den Stadtteilen durchgeführt. Also öffentliche Veranstaltungen, an denen jeder teilnehmen konnte, um sich zu informieren und seine Belange einzubringen. Diese Veranstaltungen wurden über ein ganzes Jahr durchgeführt, mit Vorankündigung in der Presse. Außerdem gab es ein öffentliches Hearing, in dem

Bei Planungen zur Neugestaltung von Straßen und Plätzen, bei denen Straßenausbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz zu entrichten sind, lädt SÖR (Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg) die Anwohner und Eigentümer zu einem Bürgergespräch ein. Teilweise finden Informationsveranstaltungen bereits im Vorfeld der Planung statt. Für die Vorgaben zur Umgestaltung des Nelson-Mandela-Platzes konnten sich BürgerInnen bereits im Vorfeld im Rahmen eines Workshops einbringen. Die Ergebnisse flossen teilweise in den Auslobungstext des da-



Bei der Umgestaltung der Celtisstraße (Bild links: vorher; rechts: nachher) wurden GMS-Vorgaben berücksichtigt.

Zielgruppengerechte Planung: Formalisierte Gender Checklisten zeigen Anforderungen und Bedürfnisse von Zielgruppen auf, welche die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern berücksichtigen und auf allen Planungsebenen der städtebaulichen Entwicklung anzuwenden sind.

Monika Lindner-Rosner

nach durchgeführten Wettbewerbs ein. Zur Weiterbearbeitung des Wettbewerbsergebnisses ist ein weiterer Workshop mit den Preisträgern und der Bevölkerung geplant.

Welche Möglichkeiten liegen dazu in der Vernetzung mit bestehenden Institutionen?

Frau Sieling: Jede Äußerung zu einem Verfahren wiegt gleich. Es kommt also nicht auf die Menge gleicher Äußerungen an, sondern auf ihre Sachargumente. Und die öffentlichen und privaten Belange werden gerecht untereinander und miteinander abgewogen. Trotzdem ist es sinnvoll, wenn sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen austauschen. Im Vorfeld der Bauleitplanung oder auch im Zuge der Beteiligungen ist ein Austausch und eine Meinungsbildung bei den Interessensvertretungen sicher hilfreich. Das setzt aber immer voraus, dass sich die BürgerInnen auch organisieren wollen. Da dies oftmals nicht der Fall ist und Einzeläußerungen von einzelnen BürgerInnen eingehen, ist der genannte Grundsatz in der Behandlung der Äußerungen sehr sinnvoll.

Frau Lindner-Rosner: Die Vernetzung besteht mit Bürgervereinen, die die Belange der Stadtteile einbringen, mit den Altstadtfreunden, mit dem Verein Baulust, der sich für

zeitgemäße Architektur einsetzt. Ein Austausch mit dem Bayerischen Sehbehindertenbund findet bei Straßenplanungen und Platzgestaltungen statt. Innerhalb der Stadtverwaltung bündelt das Jugendamt und das ehemaligen Gartenbauamt, jetzt SÖR, die Interessen von Kindern, die ihre Anliegen bei den Kinderversammlungen vorbringen können. Die Anliegen der SeniorInnen werden vom Seniorenamt vorgebracht.

Frau Sieling: Auch wenn es an die Umsetzung der Planung geht, ist oftmals die Einbeziehung der verschiedenen Gruppen sinnvoll, nicht nur bei der Erstellung der Planung. Ein gutes Beispiel ist die Planung von Spielplätzen. In der Regel geschieht das in Nürnberg nicht vom Grünen Tisch, sondern in Zusammenarbeit mit den betroffenen Eltern, den Bürgervereinen. Das Jugendamt und der Servicebetrieb öffentlicher Raum treffen sich direkt vor Ort mit den BürgerInnen und diskutieren die Ausstattung des Spielplatzes, die Anforderungen aus der Betroffenenperspektive, und so einigt man sich auf das Ausbaukonzept.

Welche Möglichkeiten sehen Sie gegenzusteuern, wenn etwa private Bauvorhaben und Investoren GMS weniger berücksichtigen?

Frau Lindner-Rosner: Bei einem Bauantrag, der nach § 34 oder § 30 BauGB zulässig ist, können wir nur beratend Einfluss nehmen. Wir können die Vorzüge von GMS erläutern und den Mehrwert einer solchen Planung darlegen.

Frau Sieling: Wir von Seiten der Stadt können nur auf unsere eigenen Verfahren einwirken bzw. bestimmte Grundsätze von Auftragnehmern verlangen. Ein Investor, der ein Haus baut und einen Bauantrag stellt, kann nicht auf GMS verpflichtet werden.

Werden sie bereits genutzt?

Frau Lindner-Rosner: Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, bauleitplanerisch tätig zu werden, wenn eine Entwicklung in eine Richtung geht, die den Zielsetzungen der Stadt völlig widerspricht. In städtebaulichen Verträgen, die parallel zu Bebauungsplänen geschlossen werden, werden bereits Regelungen und Kostenverpflichtungen mit den Investoren vereinbart, die sich u. a. auf die Infrastruktureinrichtungen auswirken. Es sind dies etwa Abtretung von Grundstücken z. B. für Kindertageseinrichtungen und die Überlassung von Grundstücken für den Bau von geförderten Wohnungen, die Übernahme von Folgekosten für ursächliche Gemeinbedarfseinrichtungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätze und Schulen, sowie der Bau von geförderten Wohnungen. Dies fördert einerseits eine zeitnahe Realisierung der Planung und schafft andererseits die Voraussetzung dafür, die Infrastruktureinrichtungen den NutzerInnen zur Verfügung stellen zu können.

Angsträume – Angstträume – Freiräume

Öffentlicher Raum unter der Schirmherrschaft von Fantasie und Vernunft



Peter Faßbender,
Abteilungsleitung Bebauungsplanung.

auch Gostanbul genannt wird. Er galt lange als eher unattraktiv und hat sich zwischenzeitlich zum Szeneviertel gemauert.

Lässt sich der Wohlfühlfaktor bis ins letzte Detail planen? Reichen eine Quelle und das bisschen Sichtschutz einer Hecke, damit Jugendliche einen Ort zu ihrem Lieblingsplatz küren? Können StadtplanerInnen schon im Voraus ahnen, dass in einem neu zu entwerfenden Park einmal kurdische Jugendliche verkehren, welche ausgerechnet glasklares Trinkwasser mögen? Und was steht eigentlich als Wahlspruch auf Yussufs T-Shirt geschrieben? Womöglich „Gostenhof ist Leben“ auf Arabisch? Es bleiben viele Fragen offen. Ebenso offen ist derzeit noch die Planung für den Kohlenhof, welcher als ehemaliges Bahngelände unmittelbar an den Stadtteil Gostenhof angrenzt. Verschiedene Ansatzpunkte kann Peter Faßbender hierfür prototypisch aufzeigen:

„Am Beispiel Kohlenhof/Gostenhof gibt es je nach Aufgabenstellung der Planung ganz unterschiedliche Herangehensweisen. Wenn ich das Areal Kohlenhof einmal als Brachfläche definieren würde, so wie es sich heute darstellt, und ich auf einer Planungsebene einsteigen kann, die davon ausgeht: ‚Du beplanst dieses Areal jetzt mal ganz frei von nicht städtebaulich begründeten Zwängen‘, dann könnte man den Bogen spannen von: ‚Freiräume neu definieren‘, ‚Kleingartenflächen definieren‘, ‚Spielflächen definieren‘, ‚Grillflächen definieren‘ bis hochwertige gewerbliche Nutzung definieren. Gostenhof ist geprägt durch ein sehr stark inhomogenes Milieu. Da wohnen sowohl die Yuppies (in Anführungszeichen), die dort letztendlich die Lagegunst der vielen Kneipen und auch die Zentrumsnähe

GMS gegen den Strich gebürstet

Was aber, wenn so viele Vorgaben plötzlich als Reglementierungswut empfunden werden, wenn die durchgängige Interessenabwägung zwischen den sozialen Gruppen zur *political correctness* gerät oder zu geraten droht? An dieser Stelle wollen wir das Thema GMS einmal ein wenig gegen den Strich bürsten. Es möglichst allen Recht machen zu können, ist ohnehin schon ein hoher Anspruch. Vielleicht auch deshalb ist der Tipp wertvoll, die Gender-Brille auch immer wieder einmal abzusetzen und zu fragen, ob ein zu viel an Planung nicht wünschenswerte Freiräume verstellt und die Chancen mindert, dass sich zwischenmenschliches Miteinander oder Durcheinander von selber lichtet.

Für Peter Faßbender, Abteilungsleitung Bebauungsplanung am Stadtplanungsamt Nürnberg, sind Kriterienkataloge ein gutes Instrument, um GMS in den Planungsprozess zu integrieren. Für wichtig hält er einerseits, die entsprechenden Kriterien auf unterschiedlichen Planungsebenen zu berücksichtigen. Damit ist der stadtplanerische Kriterienkatalog gemeint. Andererseits ist für ihn GMS „stark besetzt mit der sozialen Struktur eines Stadtteils, also mit den Milieus und der Örtlichkeit als solcher“. Beides müsse man sich als Planer vergegenwärtigen, um passgenau zu agieren. Auf diese Weise könne man sich einer Aufgabe von zwei Seiten her annähern, je nach Aufgabenstellung. Was die Vielfalt an Milieus betrifft, ist der Nürnberger Stadtteil Gostenhof vorbildlich, der im Volksmund

Gender im Stadtplanungsamt

Nürnberg: Seit dem Jahr 2003 sind 9 Dienststellen der Stadt Nürnberg mit der Einführung des Gender Mainstreaming Prinzips befasst. Das Stadtplanungsamt ist eine dieser Pilotdienststellen. Am 17. Oktober 2007 hat der Stadtrat beschlossen, dass künftig in und von ALLEN Dienststellen der Stadtverwaltung Nürnberg das Prinzip Gender Mainstreaming zur Beförderung der Geschlechtergerechtigkeit anzuwenden ist.

Für die MitarbeiterInnen eines Stadtplanungsamtes ist Gender Mainstreaming planungsimmanent. Denn in einer öffentlichen Verwaltung ist selbstverständlich auch die räumliche Planung dem Gleichbehandlungsgrundsatz verpflichtet und hat alle Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Es besteht allerdings weitgehender Konsens nicht nur unter den Nürnberger Fachleuten, dass es keine Gender-Mainstreaming-Musterplanung in der Stadtplanung geben kann; zu verschieden sind die einzelnen Ansprüche und Bedürfnisse.

Katharina Sieling

Gender – Frage des Maßstabs?

Stadtplanung wirkt in viele Ebenen der Planung. Die sozialen Bedürfnissen der BürgerInnen und die funktionalen Erfordernisse sind in Einklang zu bringen mit einer baulichen Umsetzung. Flächennutzungsplan, Rahmenplan, Bebauungsplan und Objektplan sorgen sowohl für die Gesamtstadt als auch bis ins bauliche Detail für die Berücksichtigung der BürgerInnenbelange. Die Sicherstellung einer funktionierenden Einzelhandelsstruktur im Stadtteil ist hierbei genauso wichtig wie die Gestaltung eines Straßenraumes oder einer Fußgängerzone.

Peter Faßbender

Gostenhof: Momentaufnahmen

Der Jamnitzer Park in Nürnberg/Gostenhof bei Sonnenuntergang: Auf den Parkbänken haben sich zwei ältere türkische Pärchen niedergelassen – die Frauen mit den für sie typischen Kopftüchern über dem Haar, die Männer schweigsam rauchend daneben. Ab und zu grüßen sie einen Passanten, eine Passantin. Weiter drüben, jenseits der glitzernden Fontänen, auf dem Spielplatz, schupst ein Vater den Nachwuchs auf der Schaukel an. Eine große Tasche steht unbeachtet in einiger Entfernung.

Zwei Jugendliche schlendern vorbei, die Hände tief in den Taschen ihrer Cargo-Hosen vergraben. Wie würden sie wohl reagieren, wenn jemand sie jetzt ansprechen würde und fragen, wie es ihnen hier gefällt? Sie steuern auf die Schmalseite des Jamnitzer Parks zu und dorthin, wo Hecken die Einsicht ein Stück weit verdecken. Bevor die Jugendlichen hinter dem „Sichtschutz“ verschwinden, nehmen sie einen kräftigen Schluck aus der Quelle, die dort den Genuss von frischem Trinkwasser ermöglicht.

Keine Cola-Dosen, keine Bierflaschen, sondern einfach nur Wasser: Das erstaunt dann doch und eröffnet die Gelegenheit nachzufragen. Blödeleien hinsichtlich Presse, Medien und Reporterklatsch sind eine erste Reaktion. Aber schnell macht sich Lokalpatriotismus breit, sowohl auf den Gesichtern der Jugendlichen als auch in dem, was sie sagen. Ja, es gefalle ihnen hier, so Yussuf und sein Freund. Die beiden Kurden, einer von ihnen aus dem Irak stämmig, der andere aus der Türkei (dem türkischen Kurdistan?), kommen jeden Tag, um zu trinken. Alkohol könnte man meinen, aber nein: Wasser.



Jugendliche in Gostenhof.

Die näheren Gründe dafür bleiben im Dunkeln. Ob sich die beiden Kurden (wie bei dieser Volksgruppe nahe liegend) einer Naturreligion zugehörig fühlen und sie vielleicht deshalb frisches klares Wasser als Getränk bevorzugen, bleibt keine Zeit zu fragen. Immer mehr Jugendliche beginnen uns einzukreisen, darunter ein Italiener, ein Südamerikaner, mehrere Türken. Als auch noch zwei Mädchen aufkreuzen, die keinesfalls mit aufs Foto wollen, ist alles zu spät. Außer Blödeleien ist jetzt nicht mehr viel zu erfahren. Schreiben Sie einfach: „Gostenhof ist Leben“, empfiehlt eines der Mädchen, und die anderen Jugendlichen stimmen zu.

genießen, als auch Immigranten, Aussiedler, ausländische oder auch inländische Mitbewohner. Je nach Planungsebene sollte ich den Katalog passender Planungsinstrumente auswählen. Bei Kohlenhof geht der Reigen von Freiflächenplanung, und zwar – auf Grund des Freiflächenfizits im Stadtteil – bis ins Detail, bis hin zu einer aus heutiger Sicht adäquaten Nutzung als gewerblichem Dienstleistungsstandort.“

Qual der Wahl auch in der Stadtentwicklung

Aus diesen Ausführungen ergeben sich zwei recht unterschiedliche Möglichkeiten der Stadtentwicklung, die sich

womöglich nur bedingt mit einander vereinbaren lassen. Die eine davon, sehr bezogen auf die Milieus vor Ort, lässt sich mit dem Stichwort **Netzwerkbildung** benennen. Der Stadtteil Gostenhof und die Brache Kohlenhof werden dabei zusammengedacht und als städtebauliche Einheit definiert. Faßbender führt dies näher aus: „Am Rande des Stadtteils Gostenhof gelegen, bietet der Kohlenhof das letzte Potential für den Stadtteil Gostenhof, Defizite zu kompensieren: Zum Beispiel die Freiflächen, die dort überall fehlen, die Entfaltungsräume sowohl für Kinder, Jugendliche, Alte, Erwachsene, verschiedene Arten von Immigranten dort zu definieren, sprich: Von der Half Pipe bis hin zum Grillplatz am Wochenende, bis hin zu Erholungsräumen für alle Bevölkerungsgruppen.“



Kleingewerbe-Kojen in Gostenhof/Kohlenhof.

Die andere Sichtweise betrachtet den Kohlenhof als neu zu beplanendes Areal. Hierfür würde sprechen, dass der Kohlenhof eigentlich schon immer am Rand von Gostenhof lag, immer eine Bahnfläche war und daher nie richtig verfügbar für den Stadtteil Gostenhof. Faßbender dazu: „Das andere Extrem wäre, hier einen komplett neuen, in sich geschlossenen Stadtteil zu kreieren, der relativ wenig Kontakt mit Gostenhof hat und damit letztendlich relativ wenig Defizite von Gostenhof kompensieren könnte. Das wäre dann etwa ein neuer Dienstleistungs- oder Gewerbepark. Auf Grund der Lagegunst und der ÖPNV-Anbindung bietet sich diese Variante auch erst einmal an. Die Aufgabe der Stadtplanung ist es dann genau genommen zu schauen: Wo gibt es bereits städtebauliche Zäsuren oder wo setze ich diese bewusst neu? Kann ich etwas für bzw. gegen die Defizite aus dem Stadtteil Gostenhof machen? Kann ich auf den frei werdenden Flächen Defizite kompensieren? Und: Kann ich gleichzeitig dort stadträumlich gesehen vielleicht sogar einen neuen Stadtteil, ein neues Dienstleistungszentrum etablieren? Das wäre dann eine Abwägung unterschiedlicher Interessen wie in der Stadtplanung üblich.“

Abgesehen vom ökonomischen Nutzen, den eine als Gewerbegebiet, Dienstleistungspark oder Wohngebiet umgelegte Brache natürlich abzuwerfen verspricht, ließen sich im Spannungsfeld Gostenhof/Kohlenhof drei verschiedene Möglichkeiten für Freiräume ausmachen. An erster Stelle wäre in einem kleinteiligen Viertel wie Gostenhof die angesprochene Vielfalt zu nennen, also die Möglichkeit, an verschiedenen Stellen anzudocken je nach Interessenslage wie etwa beispielsweise von eben jenen Jugendlichen, die sich den Jamnitzer Park als Treffpunkt ausgesucht haben

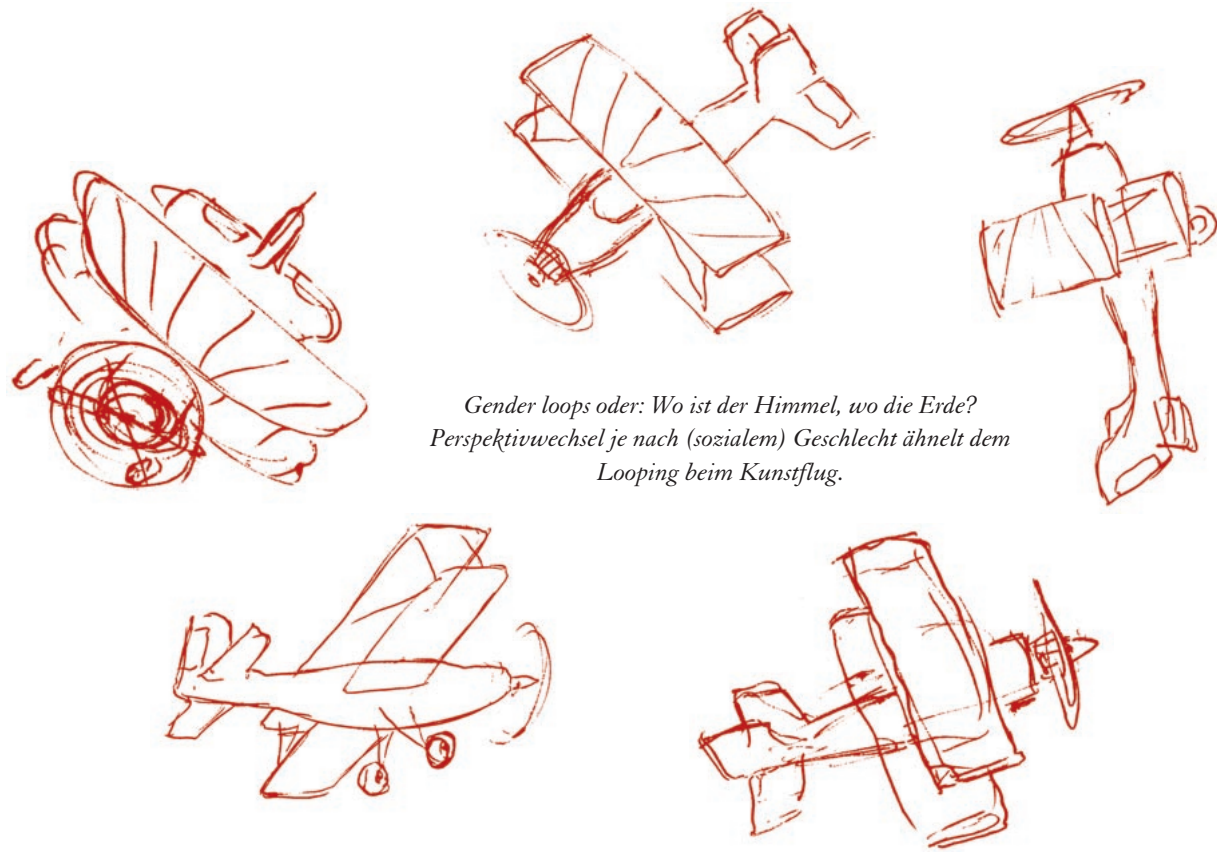


und die sich dort wohl fühlen, und sei es auch nur wegen einer Trinkwasserquelle.

Zweite Möglichkeit ist ein Raum, der nicht so stark definiert ist bzw. auf unterschiedliche Art und Weise genutzt werden kann, also etwa als Freifläche, wo Jugendliche Fußball spielen können und jemand anders vielleicht seinen Hund spazieren führt, ohne in Kontakt treten zu müssen mit den Jugendlichen, wenn er oder sie nicht will. Als dritte Möglichkeit für einen Freiraum wäre so etwas wie eine wilde Fläche vorstellbar wie sie im Augenblick auf dem Kohlenhof besteht. Ganz egal, ob sie momentan als wilde Fläche genutzt wird oder nicht (denn momentan ist das aufgelassene Gleis ja eingezäunt), wäre das ebenfalls eine Möglichkeit der Interpretation von Freiraum.

Planen für Alle: Stadtplanung kümmert sich um die Bedürfnisse aller BürgerInnen. Gender ist ein Schwerpunkt geschlechterspezifischer Stadtplanung. Die Qualität des gebauten Raumes steht in Wechselwirkung mit Milieu und Identität vor Ort. Beteiligung der Bürger bietet Austausch und Anregung für gute Lösungen. Gezielte Abfrage von BürgerInnen, Interessenverbänden und Zielgruppen sowie eine offene Informations- und Diskussionskultur sind wichtigster Bestandteil einer lebendigen Planung.

Peter Faßbender



*Gender loops oder: Wo ist der Himmel, wo die Erde?
Perspektivwechsel je nach (sozialem) Geschlecht ähnelt dem
Looping beim Kunstflug.*

Wüste oder Prärie? Brachen als Orte der Kreativität

Peter Faßbender geht auf die dritte Möglichkeit, einen Freiraum zu bewahren, näher ein: „Gerade der wilde Raum bietet eine ganze Menge an Kapazitäten. Wenn man ganz ehrlich ist, braucht man alle drei Arten von Raum. Man braucht den definierten Raum, also den wirklich prägnanten Raum, zur Entfaltung von Nutzungen. Man braucht den weniger definierten Raum, also auch eine Art von Freiraum, wo manchmal viele Nutzungen in Konkurrenz zu einander stehen. Man braucht auch den nicht definierten Raum, den Leerraum, die Brachfläche meinetwegen, auf der diverse Gruppen eben auch ihre Möglichkeiten entfalten können. Ich sehe das zurzeit relativ stark in der Weststadt (Gostenhof ist ja ein Annex der Weststadt), wo es schlichtweg nur darum geht, die Gewerbebrachen etwa von AEG den Bürgern und Bürgerinnen zu öffnen. Also einfach: Weg mit dem Zaun – damit wird dieser Raum dann endlich einmal in Besitz genommen, genutzt vielleicht nur durchs Rumwildern, durch das Abenteuer erleben, vielleicht auch dadurch, dass man sich dort am Wochenende einmal irgendwie breit macht, diesen Platz belegt, diese Flächen besetzt. Das Zurückgewinnen von Raum für die Stadt, für die Bürger, steht für mich sehr im Vordergrund. Dann kommen die unterschiedlichen Qualitäten.“

Konsequent weiter gedacht: Womöglich unvereinbar wären beide Strategien, also die der Vernetzung und die der Neubebauung, wenn man den wilden Raum (wie als dritte Variante oben dargelegt) würde erhalten wollen. Die

dritte Variante erfordert den wilden Raum als solchen, vergleichbar der Prärie im Wilden Westen. Als nicht mehr oder noch nicht vereinnahmter, als nicht mehr oder noch nicht genutzter Raum regen Brachen Fantasie und Kreativität an. Historisch bedingt denke die Stadtplanung oft noch in der Kategorie des Endgültigen, was auf immer Bestand haben soll. Dem gegenüber sei für kreative Milieus gerade die Zwischennutzung von Vorteil, so Faßbender.

Angsträume, Angstträume: Wenn der Gärtner geht

Mit seinen mehr als 80 Metern Länge ist der Karl-Bröger-Tunnel eine jener Örtlichkeiten, die als Angstraum empfunden werden. Um diesen Eindruck zumindest abzuschwächen, denkt man über seine weitere Umgestaltung nach (vgl. Beitrag Lichtwettbewerb S. 18 bis 19). Ein Problem liegt hier laut Peter Faßbender in der Alternativlosigkeit: „80 Meter ist einfach zu lang für jeden von uns“. Da könnte eigentlich nur eine Überführung wirklich Abhilfe schaffen. Im Gegensatz zu den Freiräumen, die es in jeder Stadt geben sollte, seien Angsträume in der Stadtplanung tunlichst zu vermeiden. So vorhanden, müsse man sie möglichst beheben, damit sie sich nicht zum Angst- oder Alptraum auswachsen.

Gelungen sei die Planung in dieser Hinsicht auf dem Aufseßplatz in der Südstadt vgl. vorne, S. 9 bis S. 10. Auf diesem lange Zeit als Angstraum empfundenen öffentlichen Platz, Zentrum des Stadtteils Südstadt, wurden nicht mehr zeitgemäße Planungen aus den 1970er Jahren zurückgenommen. Statt auf introvertierte Gestaltungsele-

Kreativität heißt für mich immer, Freiheit zurückgewinnen und etwas Neues machen. Im Fall brachliegender Flächen: Dass die Menschen vor Ort diesen Raum in Besitz nehmen, dass die Kinder mit dem vorhandenen Material vor Ort umgehen, Steine schichten usw. Kreativität bedeutet für mich auch, dass Jugendliche vor Ort Plätze belegen. Das kann sogar bedeuten, Graffiti anzubringen. Es geht also um die Frage: Wie eigne ich mir einen geöffneten Ort wieder an? Wie besetze ich ihn und mit welchen Zeichen? Es gibt Städte, da pilgert man inzwischen hin wegen der Graffiti, weil das im Prinzip ein Milieu vor Ort widerspiegelt und eine Qualität, die durchaus interessant ist. Diese kreativen Milieus ziehen nicht in die gut etablierten Stadtteile – Synonym heile Welt –, sondern suchen eher die Nähe zu Stadtteilen, die intellektuelles Potential bieten. Nicht umsonst haben wir gerade in den westlichen Stadtteilen, und dort schwerpunktmäßig auf ehemaligen Brachen, eine große Ansammlung an Künstlern, an Kreativen, die dort alle Facetten der Kunst bedienen.“

Peter Faßbender

mente hat man bei der Neuplanung auf extrovertierte oder zumindest neutrale Gestaltungselemente gesetzt. Peter Faßbender kommentiert diese Gewichtung im Hinblick auf Akzente, die bei jedem städtebaulichen Projekt seiner Meinung nach zu setzen sind: „Vordringlich beim Aufseßplatz war, ihn wieder einer adäquaten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, nicht nur für eine Randgruppe. Der Platz wurde frei geräumt, zu einer Freifläche umstrukturiert, es wurden Sichtbeziehungen neu geöffnet, die es vorher nicht gab.“

An die Stelle von unübersichtlichen Nischen trat eine durchdachte Zonierung, die ein breites Spektrum an Nutzungen eröffnet. „Die Grundtendenz war, den Aufseßplatz wieder neu belegbar zu machen, zu befreien von den eher eingrenzenden Wirkungen auch der Bepflanzung (Büsche, Hecken, etc., Sitzbankangelegenheiten). Man kann den Platz jetzt durchblicken, man hat einen Überblick, man kann den Platz diagonal – etwa von der U-Bahn zu meiner Bank, zu meinem Arbeitsplatz oder zu meiner Wohnung – überqueren. Ich kann also enge Wegebeziehungen wählen, habe aber auch die Möglichkeit zu flanieren, drum herum zu laufen, und ich habe punktuelle Nutzungen: Wochenmarkt, Pizzeria, Spielplatzflächen und auch Freiräume, mal zum Bolzen, mal zum Spielen. Insgesamt halte ich das für die wesentlich bessere Lösung“, so Faßbender. Ein „Ge-

rechtigkeit-macht-Schule-Prozess“ wurde hier insofern gefördert, als nun den Interessen vieler BürgerInnen gedient ist und nicht mehr nur ein einzelnes Randgruppen-Milieu den Platz beherrscht.

Bei genauerem Hinsehen lässt sich feststellen, dass auch ein gegen den Strich gebürstetes Gerechtigkeit-macht-Schule Teil sein kann von Gender Mainstreaming. Dies gilt vor allem dann, wenn man Kriterienkataloge, etwa den Gender Check wie ihn Monika Lindner-Rosner und Katharina Sieling in diesem Magazin vorstellen, immer wieder neu als Maßstab an konkrete Projekte anlegt, um die jeweils beste Lösung zu finden. Sowohl bezüglich der Kriterienkataloge als auch bezüglich der Schwerpunkte, die dabei zu setzen sind, als auch bezüglich der Bewertung umgesetzter Projekte mag man unterschiedlicher Meinung sein. Das gehört in demokratischen Meinungs- und Realitätsbildungsprozessen einfach dazu, und da ist er dann auch wieder, der kleine, aber feine Unterschied, unser Gender-Flugzeug, das seine Kreise zieht und Loopings in den Himmel malt. Jenseits des spielerisch Relativen, was mitschwingt, bleibt GMS nicht auf der visionären Ebene, sondern hat – eben auf Grund handfester Kriterienkataloge – den Vorteil, dass sich die Umsetzung der Gerechtigkeit-macht-Schule-Prozesse samt ihrer Vielfalt an Perspektiven gut nachprüfen lässt.

Angemerkt

Angesichts der Bandbreite und der Spannungsfelder, die sich in Form unterschiedlicher Stadtviertel und Brachen in Nürnberg momentan auftun, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Städte, die sich im Umbruch befinden, wesentlich mehr Freiräume eröffnen als saturierte Städte, deren Potential weitgehend ausgeschöpft ist. Diese Freiräume gilt es getreu dem Motto „Aus der Not eine Tugend machen“ konsequent zu nutzen, auch um etwaige Defizite im Sinn von Gerechtigkeit-macht-Schule (GMS) auszugleichen, wie sie sich aus der Stadtentwicklung vergangener Jahrzehnte vielleicht ergeben haben. Nachhaltig zu planen und nicht dem Standart hinterher zu hecheln in der Hoffnung, dann auch standgemäß punkten zu können, lautet das Gebot der Stunde. Denn wer kann schon voraussehen, ob die künftige Stadt nicht eine Stadt der SeniorInnen, der kreativen ArbeitslosInnen oder eine ‚Stadt der Frauen‘ sein wird mit viel Grün in der Horizontalen?

Stadtplanung wider den Tunnelblick

Nürnberg als Teilnehmer am bundesweiten „Wettbewerb Kommunen im neuen Licht“

Neugestaltung des Karl-Bröger-Tunnels anvisiert

Vor allem Bürgerinnen haben in den vergangenen Jahren die Beleuchtungssituation am und im Karl-Bröger-Tunnel beklagt. Wiederholt haben sie durch entsprechende Meinungsäußerungen schriftlich oder mündlich zum Ausdruck gebracht, dass sie sich angesichts einer Tunnellänge von 82 Metern, verbunden mit einer unzureichenden Ausgestaltung optischer Art, beim Passieren der Unterführung unwohl fühlen. Dabei geht es keineswegs nur um die mangelhafte Beleuchtung, auch wenn diese naturgemäß im Vordergrund steht. Gefragt ist eine möglichst weit reichende Neugestaltung und Neuordnung des untertunnelten Straßen- bzw. Wegeabschnitts im Sinne von Gender Mainstreaming.

Durch den Nürnberger Hauptbahnhof mitsamt seinen Gleisanlagen wird die Stadt auf einer Länge von rund 3,5 Kilometern praktisch in zwei Hälften geteilt. Für Fußgänger und Radfahrer stellt der Karl-Bröger-Tunnel Hauptachse und Nadelöhr in einem dar. Er zählt zu den insgesamt neun Unterführungen, die im Innenstadtbereich unter den Bahngleisen hindurch die fußläufige Verbindung schaffen zwischen den weitgehend getrennten, nördlich und südlich der Bahntrasse liegenden Stadtbereichen. Besondere Bedeutung kommt ihm zu, weil er als einzige der neun Unterführungen ausschließlich von Fußgänger und Radfahrer genutzt wird, nicht vom Autoverkehr. Bei der Suche nach einem geeigneten Szenario für ein Modellprojekt in Sachen LED-Beleuchtung wie es vom bundesweiten „Wettbewerb Kommunen in neuem Licht“ gefragt war, bot sich die Ausarbeitung einer Lösung für den Karl-Bröger-Tunnel auch deshalb an, weil er durch die Beschränkung auf diese

NutzerInnengruppe einen größeren gestalterischen Spielraum eröffnet.

GMS als Anker bei der Planung

Nürnberg steht mit dem Problem der durch Bahngleise getrennten Stadtsegmente keineswegs alleine da. Selbst in München, das über einen Kopfbahnhof verfügt, bildet die Bahntrasse in manchen Bereichen eine zumindest unangenehme Hürde. Somit erfüllt die Nürnberger Projektskizze für den Karl-Bröger-Tunnel die Anforderung des Wettbewerbs nach Neuausrichtung und prinzipieller Übertragbarkeit wie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende Mai 2009 ausgeschrieben. Gesucht seien öffentliche Demonstrationsobjekte im kommunalen Bereich, damit „notwendige Bottom-up-Prozesse beispielhaft erreicht werden“.

Die Verbreitung deutscher LED-Lampen sollte seitens des Bundesministeriums durch den Wettbewerb gefördert und beschleunigt werden. Dies gilt gleichermaßen für Neubau und Sanierung wie auch für Straßen- und Tunnelbeleuchtung im In- und Ausland. Konkrete und modellhaft übertragbare Anwendungsbeispiele waren Ziel des Wettbewerbs, denn „Gespräche mit Experten haben ergeben, dass die LED-Technologie heutige Beleuchtungssysteme nicht einfach ersetzen kann. Die technische Planung, die Verarbeitung, die Installation, die Wartung und die Nutzung für das Wohlbefinden der Menschen setzen ein grundsätzlich geändertes Herangehen/Planen an die neuen Beleuchtungssysteme voraus“, hieß es in der Ausschreibung.

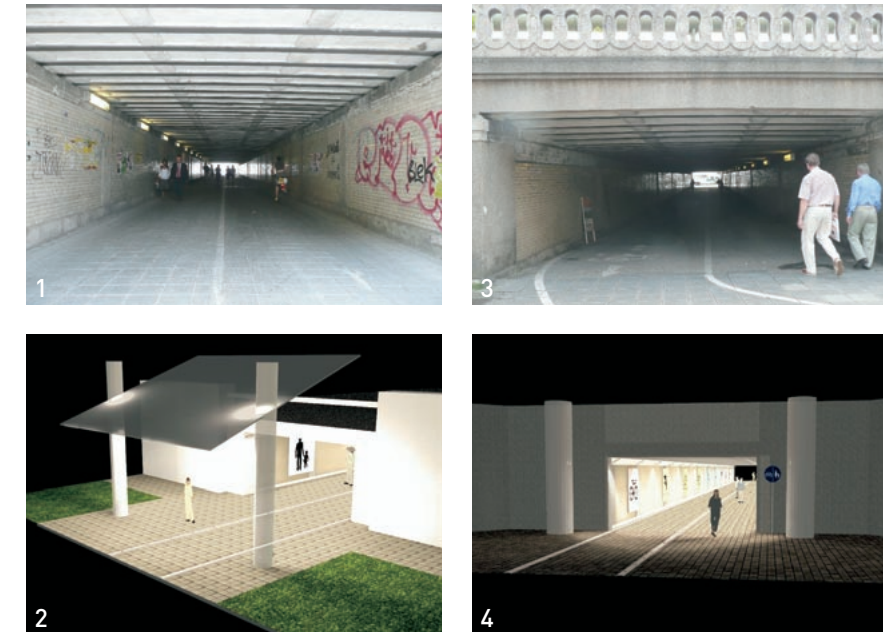
Verantwortlich für die Beteiligung am Wettbewerb zeichnete bei der Stadt Nürnberg Norbert Hirschmann vom „Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg“ (SÖR). Beteiligt

waren auch die Fachhochschule Nürnberg mit dem Fachbereich Elektrotechnik sowie eine LED-Firma. Auf Grund der Weichenstellungen, welche die Stadtplanung als Pilotdienststelle Gender Mainstreaming bereits seit Jahren auch im Bereich SÖR vornimmt, knüpfte Hirschmann das Thema Frauenbelange an seine Überlegungen zur Projektskizze mit an. Zwar war in erster Linie Energiesparen das Ziel, allerdings legte man Wert darauf, „dass Fußgänger eingeladen werden, diesen Tunnel zu benutzen“.

Eine entsprechende Zählung der PassantInnen hatte ergeben, dass bei Fußgängern und Radfahrern, welche den Tunnel frequentieren, das männliche Geschlecht mit 55,5 % stärker vertreten ist als das weibliche. Zu Grunde gelegt wurde daher die Annahme, dass sich Frauen dort weniger wohl fühlen als Männer, wobei andere mögliche Gründe für die fehlende Parität bewusst in den Hintergrund gestellt wurden. Auf diese Weise gelangte die Planung zu einer klaren Ausgangsposition.

Maßgeschneiderte Beleuchtung mit LED

Die Projektskizze für künftige Planung des Karl-Bröger-Tunnels sollte vor allem auch die Wünsche und Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen. Zusätzlich zum Energiesparen konnte Norbert Hirschmann also mit dem Thema Gender Mainstreaming einen weiteren vorteilhaften Aspekt in seinem Wettbewerbsbeitrag verankern. Ihren Niederschlag sollte diese „gegenderte“ Planung in einer deutlichen Verbesserung gefühlten Sicherheitsempfindens finden. Voraussetzung dafür war die neue und deutlich verbesserte Lichttechnik LED. So hätte man durch die Optimierung einer herkömmlichen Beleuchtung zwar



Lichtgestaltung des Karl-Bröger-Tunnels. (1) Südseite Ist-Zustand, (2) Südseite geplante Ausleuchtung, (3) Nordseite Ist-Zustand, (4) Nordseite geplante Ausleuchtung.

Beleuchtungsniveau und Sicherheit als solche erhöhen können, nicht aber das Wohlfühlambiente und somit die Akzeptanz des Tunnels im Allgemeinen.

Die Vorteile von LED im Hinblick auf das anvisierte Gender Mainstreaming betreffen vor allem die Aspekte Sicherheit und Ästhetik. Im Einzelnen nutzte Norbert Hirschmann im eingereichten Entwurf die technischen Vorteile von LED-Lampen. Dazu gehört eine variable Programmierung von Tag- und Nachtbeleuchtung, welche die bisher mangelhaften Sichtverhältnisse aufbessert und somit zur Sicherheit beiträgt. Die PassantInnen können schneller reagieren und dadurch Unfälle vermeiden oder auch eine eventuelle Bedrohung seitens von Personen früher erkennen, weil lichttechnisch ein besserer Überblick gewährleistet ist.

Entsprechend programmiert ermöglicht LED nämlich einen gleitenden Übergang der Lichtverhältnisse zwischen Innen- und Außenraum, so dass weder der Innenraum des Tunnels (tagsüber) noch dessen Umge-

bung (nachts) als schwarzes Loch empfunden werden. Abgestimmt ist die Programmierung dabei auf die sich im Tagesverlauf ändernden Lichtverhältnisse unter freiem Himmel. Als zusätzliche bauliche Maßnahme kommt an der Tunnelsüdseite ergänzend eine Dachkonstruktion hinzu, welche der nuancierten Verschattung dient und somit ebenfalls abrupte Wechsel der Lichtverhältnisse mildert.

Monika Lindner-Rosner vom Stadtplanungsamt Nürnberg führt in ihrem Gender Check neben Anforderungen an eine verbesserte Sicherheitssituation auch ästhetische Gesichtspunkte mit an, welche dazu dienen sollen, den Ort aufzuwerten. Diese seien „wichtig, um den Tunnel als angenehmen Ort zu empfinden und das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern“. Der Nürnberger Wettbewerbsbeitrag berücksichtigt dies, indem er das ästhetische Potential der LED-Leuchten ausreizt. Es ist ein Wechsel der Lichtfarben vorgesehen, mit dem sich unterschiedlichste Farbstimmungen erzeugen lassen.

Zusätzlich zur Lichtgestaltung sehen die Entwürfe für den Karl-Bröger-Tunnel auch Piktogramme an den Wänden vor sowie die Zweiteilung des fraglichen Straßenabschnitts in Rad- und Fußweg. Die rhythmische Gestaltung der Wände mit Piktogrammen hilft außerdem den Eindruck von Monotonie zu vermeiden. Damit ist ein zusätzlicher optischer Anreiz gegeben, ferner eine bessere Orientierung und letztlich ein Beitrag zum Wohlfühlambiente.

Die Verbesserung der tatsächlichen Sicherheitssituation einerseits, ein gesteigertes subjektives Sicherheitsempfinden und Wohlfühlambiente andererseits, kommen nicht nur den Frauen zu Gute, sondern allen Bevölkerungsgruppen. In Sachen Gender Mainstreaming greift das ausgearbeitete Modell auch insofern, als in beiderlei Hinsicht eine Aufwertung nicht-motorisierten Verkehrs gegenüber Autoverkehr und Schiene stattfindet. „Einfache“ Verkehrsmittel wie Fußgänger und Radfahrer rücken damit in den Vordergrund und werden in ihrem Selbstbewusstsein bestärkt.

Spielflächen für Mädchen und Buben

Von gendergerechten Spielgeräten und coolen Lümmelgruppen



Doris Steinhauser hilft Kindern mitzubestimmen.

Wie Kinder ihr Umfeld gestalten

Spielflächen sind diejenigen Orte im öffentlichen Raum, die für Kinder und Jugendliche gedacht sind. In Nürnberg werden sie, die NutzerInnen, deshalb bereits seit 1993 auf einen Beschluss des Stadtrates hin an der Gestaltung ihres unmittelbaren Umfelds beteiligt. Kinder werden nach ihrer Meinung gefragt, Kinder dürfen ihre Wünsche äußern, Kinder durchlaufen demokratische Prozesse. Es wird ihnen also sprichwörtlich von Kindesbeinen an das Gefühl gegeben, dass sie mitbestimmen dürfen: „Die Kinderversammlungen haben bei einigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe inzwischen Tradition“, heißt es im Bericht der Kinderkommission aus den Jahren 2005 bis 2007. Fast 200 Anträge sind darin aufgeführt und jeweils mit Verlauf und Fazit vermerkt.

In diesem Zusammenhang setzt sich Doris Steinhauser, Geschäftsführung Kinderkommission beim Jugendamt der Stadt Nürnberg und verantwortlich für Spielflächen, seit

Jahren mit Fragen der geschlechtsspezifischen Planung und dem Gender-Aspekt auseinander. Was mögen die Mädchen und was die Jungen? „Bei den Jungs ist es meistens sehr eindeutig das Fußballspielen und Streetball. Aber auch sehr aktive Geräte wie z. B. große Schaukeln oder hohe Kletterwände sind groß im Rennen. Bei den Mädchen stehen oft ein großes Karussell, Hängematten, Drehteller und Schaukel an erster Stelle, also Bereiche, bei denen man sich treffen und miteinander etwas tun kann. Natürlich spielen auch immer mehr Mädchen Fußball oder Basketball, aber dies steht eher selten ganz oben auf der Wunschliste.“

Mitbestimmung nach Punkten

Rund 20 Kinder haben sich im Kinder- und Jugendhaus Suspect in Röthenbach-Ost getroffen, um zusammen mit Landschaftsplanern und dem Jugendamt über die neuen Spielgeräte zu entscheiden. Ein Straßenplan von ihrem Wohngebiet verschafft ihnen zunächst einen Überblick.

„Hier wohne ich“, „Und da wohne ich“, rufen die Kinder aufgeregt durcheinander. Dann werden als Power-Point-Präsentation Bilder von denjenigen Spielgeräten an die Wand projiziert, die zur Auswahl stehen: Darf es die Hängematte sein oder die Tellerbalance, die Tampenschaukel oder lieber eine Nestschaukel, die Rutsche mit Kurve oder die mit der Welle?

„Das wissen die ganz genau, was sie haben wollen“, kommentiert Doris Steinhauser später im Interview. Warum sich die Kinder diesmal für die Tampenschaukel entscheiden, nicht für die Nestschaukel, warum für die Rutsche mit Kurve, nicht für die mit der Welle, warum für die Hängematte, nicht für die Tellerbalance? „Das ist vermutlich davon abhängig, welche anderen Spielplätze die Kinder bereits kennen und welche Erfahrungen sie damit gemacht haben“, schätzt Doris Steinhauser. Und weiter: Die Kinder haben das Gefühl, dass sie – Beispiel Rutsche mit Kurve – mehr Abenteuer erleben können.“

Entscheidend für Doris Steinhauser ist, dass es bei den Kinderbeteiligungen keine Scheinbeteiligung gibt und dass das Ergebnis den tatsächlichen Wünschen möglichst nahe kommt. In Röthenbach werden zwölf Spielgeräte an Hand von Bildern kurz vorgestellt. Natürlich können die Kinder nicht alle haben, macht Steinhauser ihnen klar. Deshalb muss abgestimmt werden, genau wie in Demokratien üblich. Dazu erhält jedes Kind eine Anzahl gelber Klebepunkte, die sie je nach ihren Vorlieben aufkleben dürfen. An den Wänden hängen Bilder von je zwei der vorgestellten Spielgeräte aus. Zwischen diesen Alternativen müssen sich die Kinder entscheiden. Dass nicht per Handzeichen, sondern mit Klebepunkten abgestimmt wird, hat seinen Grund: Das Ergebnis soll die Wün-

sche der Kinder möglichst originalgetreu widerspiegeln und in der Abstimmung sollen die Kinder nicht unnötig unter Druck gesetzt werden.

Steinhauser erklärt dies an einem Beispiel: „Die Hängematte ist was typisch Mädchenmäßiges. Die Jungs mögen das inzwischen auch ganz gern, aber trauen sich nicht immer, das zuzugeben. Mit den Punkten, die aufgeklebt werden können, ist das eher anonym. Da trauen sich die Jungs, was Anderes zu kleben, weil sie nicht so unter Beobachtung stehen wie wenn man das mit Fingerzeigen macht. Da stehen sie mehr unter Zugzwang, cool zu sein. Mit Punkten kann man dann doch ein bisschen seinen eigenen Weg gehen, und dann kommen auch solche Ergebnisse raus.“ Mit der Kinderbeteiligung in Röthenbach ist Steinhauser zufrieden: „Das Ergebnis ist sehr gut, die Kinder haben insgesamt gesehen eine sehr gute Wahl getroffen“

Die abschließende Wertung zeigt, dass es bei solchen Mitbestimmungsprozessen in der Kinder- und Jugendarbeit Kriterienkataloge oder zumindest bestimmte Gewichtungen gibt. Im Zweifelsfall greift Steinhauser ein, und dabei spielt GMS eine Rolle: „Im Bewusstsein muss das immer mit da sein. Das finde ich schon wichtig. Wenn ich beteilige, muss ich vor allem darauf schauen, beide Geschlechter gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen, und zwar genau zu Bedingungen, wo sich Mädchen und Jungs entsprechend äußern können, damit es

passt. Das ist eine Frage der Beteiligungsform, sprich: keine Scheinbeteiligung zu machen. Allerdings ist es schon auch ein Aspekt, wenn jetzt eine Schaukel fehlt, dass ich dann bei den Kindern nachfrage, ob sie sich dessen bewusst sind. Bei den Spielgeräten, die hier in Röthenbach vorgestellt worden sind, waren ja auch ganz bewusst die ganzen Funktionen dabei, also etwa Klettern, Rutschen, Balancieren. Diese sind nicht nur für eine gesunde Entwicklung wichtig, sondern auch von den Kinder selbst gewollt, und zwar sowohl von Mädchen als auch von Jungs.“

Öffentlicher Raum als Spiegel

Abgesehen vom Geschlechtsunterschied spielt auch das Alter eine Rolle. Sobald Mädchen und Buben in die Pubertät kommen, beginnen sich die Vorlieben zu verändern. Mädchen zum Beispiel finden sich dann vermehrt an Bolz- und Fußballplätzen ein, wünschen sich dort aber eine bestimmte Art von Sitzplätzen: „Mädchen zwischen acht und zehn sind nicht mehr so oft auf dem Spielplatz zu sehen. Bei den Beteiligungen sind sie sehr bewusst dabei und sie haben auch ganz bestimmte Ansprüche an einen Spielplatz. Aber oft werden die Bedürfnisse der Mädchen bezüglich von Treffpunkten, an denen sie sich präsentieren können, auf Spielplätzen zu wenig berücksichtigt. Eine

einfache Bank-Tisch-Kombination macht halt einfach weniger her als eine Lümmelmöbel-Gruppierung, die speziell für Jugendliche entwickelt wurde“, führt Steinhauser aus.

Die Übergangsphase zwischen Kindesalter und eigentlicher Jugend ist bei den Mädchen offenbar noch zu wenig ausgeleuchtet. Im Mittelpunkt einer Untersuchung dazu könnte die Frage stehen, wie sich diese Übergangsphase im öffentlichen Raum widerspiegelt. Aus ihrem Erfahrungsschatz heraus kann Steinhauser die Bedürfnisse der Mädchen beim Aufenthalt im öffentlichen Raum – etwa an Bolz- und Fußballplätzen – folgendermaßen beschreiben: „Das sind keine Bank-Tisch-Kombinationen so wie bei Mutter und Vater zu Hause am Esstisch, oder wie am Rand von Spielplätzen, sondern das sind einfach Treffpunkte, wo man sich cooler hinsetzen kann. Das ist das, was die Mädchen sich wünschen. Auf Nachfragen kommen auch so Vorstellungen wie ‚Wir könnten doch da mal etwas anmalen‘ oder: ‚Wir hätten gern eine Hütte, wo wir selber was gestalten können‘ oder: ‚Wir hätten gern ein paar Sitzsteine irgendwo, wo uns die Jungs nicht sehen‘.“

Während also die Jungs einfach weiter ihre Plätze bedienen, scheinen sich Mädchen in der Übergangsphase eher herumzudrücken, nicht recht zu wissen, wo sie im öffentlichen Raum eigentlich hingehören oder hin sollen. Einmal mehr wird hier deutlich, dass sich innerer und äußerer Raum zu einander in der Art eines Spiegels verhalten. Wie vielschichtig sich das Thema Gestaltung des öffentlichen Raums im Hinblick auf Kinder und Jugendliche darstellt, lässt sich an den beiden hier aufgegriffenen Fallbeispielen – Partizipation bei der Einrichtung eines Kinderspielplatzes und Sitzplätze für Mädchen im Alter zwischen Kindheit und Jugend – schon erahnen. Die Umsetzung passender Ideen und Konzepte kann sich an der im Fall von Nürnberg ohnehin schon reichen Praxis bei Beteiligungsprozessen orientieren bzw. darauf aufbauen.



Netzaufstieg oder Kletterwand? Die Kinder entscheiden selbst.

Personalplanung nach Maß

Über Teilzeitmodelle, Frauen und Männer in Teilzeit und als Führungskräfte

Positive Signale

Bei der gerechten Verteilung von elementaren Ressourcen wie Geld und/oder Liebe, Zeit für Familie und/oder Arbeitszeit gibt es weder eine Patentlösung noch den Königsweg. Das zeigt sich gerade dann, wenn über Jahre hinweg „Feldversuche“ unternommen werden. Auch in der Verwaltung geht es darum, Arbeitszeit so zu gestalten, dass Rechte und Pflichten, dass Ressourcen von Arbeitgebern auf der einen Seite, Ressourcen von Arbeitnehmern auf der anderen Seite auf einander abgestimmt werden und ein ge-
deihliches Miteinander zu Erfolgen führt, die alle Seiten zufrieden stellen. Arbeitgeber bieten Arbeit als solche sowie Gehalt oder Honorar. Im Idealfall bieten Arbeitnehmer im Austausch dazu Lebenszeit sowie Arbeitsleistung mit Unterubriken wie Einsatzbereitschaft, Berufserfahrung und Kollegialität.

Wie die Zahlen zeigen, hat das Stadtplanungsamt bei der Personalplanung schon viel erreicht, sei es beim Anteil der Frauen insgesamt, sei es beim Anteil der Frauen auf mittlerer Führungsebene. Allerdings: Eva Löhner hebt den gesamtgesellschaftlichen Kontext hervor, welcher oft noch im Weg steht und GMS-Prozesse erschwert. Jimmy Porcu benennt die organisatorischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung, um schließlich trotz allem ein positives Fazit zu ziehen. Deutlich zu erkennen ist ein großes sich Bemühen von allen Seiten, um zwar vielleicht nicht den Königsweg, aber doch zumindest einen gangbaren Weg zu finden.

Eva Löhner, stellvertretende Frauenbeauftragte im Frauenbüro Nürnberg

„Dass sich der leichte Frauen-Überhang bei der Gesamtbeschäftigtenzahl nicht fortsetzt bis in die Führungsetagen, ist leider keine Spezialität des Stadtplanungsamts. Vielmehr ist eine ähnliche Struktur bei der gesamten Stadtverwaltung festzustellen, die offenbar schwer aufzubrechen ist. Eine von vielen Ursachen für diese Abwesenheit von Frauen in Leitungsfunktionen ist ihre unverändert alleinige Zuständigkeit für Reproduktionsarbeit, sprich: Diejenigen Frauen, die Kinder wollen und haben, haben zugleich das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Männer/Väter lassen sich nur begrenzt und zögerlich auf diese unbezahlte Arbeit ein. Zum einen verdienen sie durchschnittlich das höhere Einkommen, auf das eine Familie nicht verzichten kann. Zum anderen sind Kinder und verfügbare Zeit für Kinder in der Logik des Erwerbsystems nicht vorgesehen und die Abwesenheit wegen Kindererziehung wird mit Karriereknick „bestraft“. Der öffentliche Dienst – so auch die Nürnberger Stadtverwal-

tung – ist allerdings mit geregelten Teilzeitangeboten und -modellen Vorreiter für die Privatwirtschaft. Bei der Stadtverwaltung gilt die Regelung, dass alle Stellen auch für Teilzeitbeschäftigte offen stehen, wenn das mit den Tätigkeitsanforderungen zu vereinbaren ist. Grundsätzlich gilt jede Stelle als teilbar. Aber das bedeutet nicht, dass es den Angestellten beim Stadtplanungsamt frei steht, ob sie eine Stelle als Teil- oder Vollzeitstelle besetzen möchten. Vielmehr muss bei Bedarf und bei jeder Stelle verhandelt werden. Eine „alte“ Forderung von uns an dieser Stelle lautet, vor allem auch Führungspositionen in Teilzeit zu besetzen, da dies eine wirksame Maßnahme wäre, um den niedrigen Frauenanteil in Leitungsfunktionen zu erhöhen. Übrigens beträgt die Teilzeitquote bei der gesamten Stadtverwaltung ca. 31 % und die der weiblichen Beschäftigten ca. 47 %. Und von ca. 68 Ämtern und städtischen Schulen werden lediglich 11 von Frauen geleitet.

Stellen völlig ohne Ansehen des biologischen Geschlechts zu besetzen, ist ganz im Sinne des Grundgesetzes und auch der Vorschriften des städtischen Frauenförderplanes, nach denen das erste Entscheidungskriterium die Qualifikation ist. Erst wenn diese im konkreten Fall bei einer Bewerberin und einem Bewerber gleich sind, ferner in dem Berufsbereich und auf der Hierarchieebene, wo die zu besetzende Stelle angesiedelt ist, Frauen deutlich unterrepräsentiert sind, erst dann darf das Geschlecht den Ausschlag geben.“

Jimmy Porcu, Personalvertretung

„Schon der Vorgänger von Herrn Weber, hat die unterschiedlichsten Teilzeitmodelle ermöglicht. Der Frauenanteil beim Stadtplanungsamt ist mit ca. 60 % doch ziemlich hoch. In den letzten 15 Jahren wurden viele junge Frauen eingestellt. Der Großteil von ihnen legte für die Familienplanung eine „Stadtplanungspause“ mit unterschiedlicher Länge ein. Um das angeeignete Know-how und Spezialwissen der jungen Mütter nicht zu verlieren, wurden verschiedenste Modelle ermöglicht. Dies ist eine positive Entwicklung, die aber leider auch einen kleinen Nachteil mit sich bringt. In einigen Sachgebieten war es teilweise kaum noch möglich, Besprechungen zu führen, bei denen alle Kolleginnen und Kollegen anwesend waren. Dies führte auch zu Verlusten in der Kommunikation. Manche Kolleginnen und Kollegen sahen sich über Monate kaum. Auch die Weitergabe von Aufträgen und Informationen führte oft zu komplexen Koordinierungen für die Führungskräfte. Dennoch ist dies erstaunlicherweise gut gelungen. Aber auch Männer haben immer wieder Ihre Stundenzahl reduziert, teils zur Pflege von Angehörigen, teils für anteilige Kinderbetreuung. Über die Zeit entstand eine wahre

BESCHÄFTIGUNGSSITUATION IN DER PILOTDIENSTSTELLE STADTPLANUNGSAMT, STAND: 11.08.2009

Gesamtzahl der Beschäftigten nach TVöD + Beamtinnen/Beamte: 69 zusätzl. 5 üpl.

2007 Frauen	Beschäftigte		2007 Männer	2009 Männer	2007 Frauen	davon Teilzeit		2009 Männer	2007 Frauen	Teilzeitquote in %		2009 Männer
	2009 Frauen	2007 Männer				2009 Frauen	2007 Männer			2009 Frauen	2007 Männer	
39	38	35	31	26	23	5	5	66,7	60,5	14,3	16,1	

Beschäftigte nach TVöD:

TVöD/ EGr.	2007 Frauen	Anzahl		2009 Männer	2007 Frauen	davon Teilzeit		2009 Männer	2007 Frauen	Leitungsfunktionen		2009 Männer
		2009 Frauen	2007 Männer			2009 Frauen	2007 Männer			2009 Frauen	2007 Männer	
höh. D.	5	6	6	5	4	5	1	1	2	3	4	4
geh. D.	14	11	12	9	8	4					2	1
mittl. D.	12	12	6	6	8	8	1					
Gesamt	31	29	24	20	20	17	2	1	2	3	6	5

Beamtinnen und Beamte:

BGr.	2007 Frauen	Anzahl		2009 Männer	2007 Frauen	davon Teilzeit		2009 Männer	2007 Frauen	Leitungsfunktionen		2009 Männer
		2009 Frauen	2007 Männer			2009 Frauen	2007 Männer			2009 Frauen	2007 Männer	
höh. D.	2	1	4	7	6	6	3	1	1	1	3	3
geh. D.	6	8	7	4				3	1	1	3	1
mittl. D.												
Gesamt	8	9	11	11	6	6	3	4	2	2	6	4

Teilzeit-Beschäftigte nach TVöD + Beamtinnen/Beamte: 28

Wochenstd.	Beschäftigte TVöD		Beamtinnen/Beamte		Summe
	2009 Frauen	2009 Männer	2009 Frauen	2009 Männer	
unter 19,5	1				1
bis 25	8	1	2	1	12
bis 28	1				1
bis 32	4		1	1	6
bis 35	1		2	1	4
bis 38	1				1
über 38	1		1	1	3
Gesamt	17	1	6	4	28

Alle Statistiken auf dieser Seite wurden erstellt von der Bürogemeinschaft Stadtplanungsamt/Verkehrsplanungsamt.

„Stundenbörse“: Die eine Person reduzierte, eine oder mehrere andere Personen stockten auf. Eine Zeit lang wurden die Stunden fast schon jedes Quartal angepasst. Dies führte dazu, dass das Personalamt und die Dienststelle kaum mehr mit dem Umsetzen der Wünsche nachkamen. In der Folge einigte man sich darauf, dass die „temporären“ Reduzierungen möglichst auf einen längeren Zeitraum festzulegen sind.“

Zum Thema Teilzeit und Führungskräfte

Jimmy Porcu weiter: „Der Anteil an weiblichen Führungskräften im Stadtplanungsamt ist (milde gesagt) noch ausbaufähig. Dieser Zustand liegt aber nicht am Stadtplanungsamt. Immer wieder hat es für Frauen Möglichkeiten

gegeben, in „Führungspositionen“ zu kommen. Auch war es vor einigen Jahren angedacht, Führungsaufgaben zu teilen und zwei Teilzeitkräften die Wahrnehmung einer gemeinsamen Führungsaufgabe zu ermöglichen. Die Praxis sieht aber oft so aus, dass weibliche Teilzeitkräfte gerne am Vormittag arbeiten (was auch verständlich ist) und dass für den Nachmittag oder bei Abendterminen Probleme auftreten können. Ich denke aber auch, dass Führung in Teilzeit zu einer enormen „Dreifach-Belastung“ führen kann, nämlich Haushalt und Kinder sowie viele (Führungs-) Aufgaben bei nur beschränkter Zeit. Diese Probleme werden sich sicherlich in den nächsten Jahren ändern können, denn die Kinder werden ja auch älter. Die Frauen können ihre Stunden erhöhen, und wenn dann Führungspositionen frei werden, stehen ihre Chancen gut.“

Gender Mainstreaming in München

Vorzeigeprojekt Nordhaide Einst Truppenübungsplatz, heute Wohngebiet

Wenn man quer durch das Viertel die so genannte Diagonale entlang schlenkert, den zentralen Hauptweg, auf dem sich das Wohngebiet Fußgängern erschließt, fallen wegen ihrer gestaffelten Höhe und ihrem gefälligen Erscheinungsbild die Wohnblockketten an Fingerkrautanger, Graslilien- und Golddistelanger ins Auge. Abgesehen von der architektonischen Formgebung macht auch die farbliche Gestaltung des 2009 fertig gestellten Stadtviertels Nordhaide einen angenehmen Eindruck. Durchwegs helle Farben ergeben zusammen mit Ruhebänken, Gärten und Spielplätzen entlang der Diagonale ein heiteres Gesamtbild.

Ein breit gefächertes Wegesystem entsprechend den Richtlinien des ÖPNV vernetzt die Diagonale mit untergeordneten Spazierwegen, die zu Häusern, Kindergärten und Schulen führen, aber auch hinaus auf die offene Landschaft des Naturschutzgebiets Nordhaide. Für den Autoverkehr ist

das Viertel von Schleißheimer Straße und Neuherberg-Straße her auf verkehrsberuhigten Erschließungs- und Verteilerstraßen befahrbar. Durch entsprechende Weichenstellungen und den vorhandenen Schatz an vergleichsweise unverbrauchter Natur konnte im Münchner Norden, der üblicherweise nicht als bevorzugte Wohngegend gilt, ein naturnahes Areal von 200 Hektar in seinem Wert erhalten bzw. für den familienfreundlichen Wohnungsbau umgenutzt werden.

Im Sommer 1993 wurde das Projekt als „Städtebaulicher und Landschaftlicher Ideenwettbewerb Panzerwiese“ seitens der Stadt München ausgeschrieben. Im Auslobungstext fallen bereits Stichworte wie „Nutzungsneutralität“ und „Barrierefreiheit“. Berücksichtigt ist die Nachfrage nach „1-Personen-Haushalten“ und „familiengerechten Wohnungen“, ferner der praxisnahe Gedanke hinsicht-

lich variabler Grundrisse und Zimmeraufteilung. Hervorgehoben wird die Küche als der „Ort mit den vielfältigsten Funktionen in der Wohnung“, ferner das Badezimmer, welches „auch für Hausarbeiten (Säuglings- und Wäschepflege) geeignet sein“ soll. Den Außenflächen – Balkonen und Gärten ebenso wie blockbezogenen Werkräumen – wird große Bedeutung beigemessen. Nicht zuletzt ist aus der Auslobung eine repräsentative soziale Mischung als Ziel abzulesen.

Zusammenfassend lässt sich bezüglich der Auslobung sagen, dass darin frauenfreundliches Planen und Bauen explizit zwar keine Erwähnung findet, durch die Art, wie die Prioritäten gesetzt sind, aber mitgedacht war. Dies gilt besonders im Hinblick auf folgende Punkte wie sie sich heute als umgesetzt erweisen und die als frauen- bzw. familienfreundlich gelten können:

Fortsetzung S. 26



Die Grundschule und ein breit gefächertes Wegenetz kommen den Bedürfnissen von Familien mit Kindern entgegen.



Die Nordhaide – Leben in einem neuen Stadtviertel

Sicht eines Bewohners

In ein neues Stadtviertel zu ziehen, dort in eine Eigentumswohnung zu investieren, ist spannend und sicherlich für jede Bürgerin, für jeden Bürger zunächst ein Wagnis. Nicht anders geht es mir als Stadtplaner. Ich kann zwar das städtebauliche Konzept begutachten und die städtischen Ziele unter die Lupe nehmen, ob das ganze Experiment aber gelingt, entzieht sich zunächst meiner Kenntnis.

Dieses Wagnis ging ich vor mittlerweile über sechs Jahren ein. Der geplante und in kleinen Teilbereichen bereits umgesetzte Städtebau für die Nordhaide hat meine Frau und mich überzeugt; die Planungsziele ließen ein gutes Endergebnis erwarten. Insbesondere die geplante vorbildliche Ausstattung mit öffentlichen und sozialen Einrichtungen wie Schule, Kindergärten und -krippen, Jugendtreff und Kirchenzentrum, die opti-

male Verknüpfung von Stadt und Natur, die direkte Anbindung an den ÖPNV und die geplante Nahversorgung mit Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen, Ärztehaus sowie ein Wohnumfeld mit hoher Aufenthaltsqualität ließen auf eine beispielhafte Wohnqualität hoffen. Dafür nimmt man auch Jahre der Entbehrungen auf sich, solange die komplette Wohnumgebung durch Baustellen, Provisorien und fast täglich wechselnden Wegeführungen dominiert ist. Das hat aber den Vorteil, das Wachsen eines neuen Stadtteils hautnah, also am eigenen Leib mit zu erleben und zu erleiden. Für einen Stadtplaner eine wichtige Lektion! Und nun nach sechs Jahren Wohnen auf der Nordhaide? Was ist aus den städtebaulichen Zielen geworden? Kam tatsächlich alles so, wie es sich die Planerinnen und Planer vorgestellt hatten? Oder kam doch alles ganz anders? Und wie

steht es vor allem mit den Zielen in Bezug auf Gender Mainstreaming? Wie lässt es sich da wohnen?

Die Siedlung ist fertig gestellt. Die Gebäude nahezu vollständig errichtet und bezogen. Kindereinrichtungen und Kirchenzentrum sind in Betrieb und zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten durch das mira gegeben. Die Diagonale ist mit Leben gefüllt; insbesondere am Nachmittag und in den Abendstunden ist sie und die angrenzenden Westentaschenparks ein beliebter Spielplatz und Treffpunkt für Jung und Alt. Der jahrelange Baustellencharakter gehört endgültig der Geschichte an.

Bereits als berufstätiges Paar ohne Kinder war das Leben auf der Nordhaide wunderbar. Durch die optimale Anbindung an den ÖPNV mit einem U-Bahnhof eingebunden in die Diagonale ist das Erreichen des Arbeitsplatzes, der Innenstadt und damit zahlloser Freizeitmöglichkeiten schnell und unkompliziert möglich. Aber auch ohne das Auto und den ÖPNV zu nutzen, bestehen vielfältige Möglichkeiten. Die ehemalige Panzerwiese liegt direkt vor der Haustür und die Schleißheimer Schlösser sind innerhalb eines ausgedehnten Spazierganges oder einer Joggingrunde zu erreichen. Das Ziel von Touristen und Ausflüglern liegt im erweiterten Wohnumfeld! Die tägliche Versorgung kann direkt auf dem Arbeitsweg mit erledigt werden.

In den Genuss der Vorzüge des Wohnens auf der Nordhaide kommen wir allerdings erst richtig seit zwei Jahren: Seit der Geburt unserer Zwillinge machen sich die kurzen Wege zwischen Wohnen, Nahversorgung und sozialen Einrichtungen sowie die Barrierefreiheit der kompletten



Spielplatz an der zentralen Diagonale.

Siedlung bezahlt. Bereits während unserer Elternzeit konnten wir uns aufwändiges „Einladen“ der Kinder ins Auto, um den Wocheneinkauf zu erledigen, sparen. Stattdessen konnten wir entweder gemeinsam oder meine Frau allein mit den Kindern die Besorgungen erledigen und zugleich auch noch einen Kaffee oder ein Eis am Nordhaideplatz vor dem mira genießen. Und hatte man etwas vergessen: Kein Problem, die Läden sind ja nicht weit. Würden wir nicht auf der Nordhaide oder ähnlich günstig wohnen, wäre auch nicht daran zu denken, dass sowohl meine Frau als auch ich voll berufstätig sind. Dies ist nur möglich, weil von Anfang an an eine gute Versorgung mit Kindereinrichtungen gedacht wurde und diese auch umgesetzt wurden. Aufgrund der kurzen Wege innerhalb des neuen Stadtviertels und der raschen Anbindung an die Innenstadt mit unseren Arbeitsplätzen geht für eben diese Wege sehr wenig Zeit verloren und bleibt für anderes: für's Arbeiten oder um Zeit mit den Kindern zu verbringen. Die vielen Kin-

derspielplätze für alle Altersgruppen und ausgerichtet auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Buben sind ein wahres Kinderparadies. Dazu tragen auch die verkehrsberuhigten, als Anger ausgebildeten Straßen bei, auf denen Fahrrad oder Inliner gefahren oder einfach nur getobt werden kann. Die verkehrsberuhigten bzw. verkehrsfreien Bereiche lassen vor allem Kinder und Jugendliche sicher spielen. Eltern können entspannt sein.

Das Thema Sicherheit spielt für Eltern und Frauen eine wichtige Rolle: Die Diagonale als Hauptschlagader des Fuß- und Radverkehrs ist sehr gut beleuchtet und sowohl tagsüber als auch nachts belebt und zudem sehr gut beleuchtet. Sie ist von vielen Wohnungen einsehbar, so dass sich alle jederzeit sicher fühlen können. Und auch die zahlreichen sehr großen und langen Tiefgaragen stellen durch die Bauweise und ihre Beleuchtung keinerlei Angsträume – wie sonst so oft – dar. Meine Frau

und ich fühlen uns sehr sicher. Der hohe Kinderanteil von rund einem Drittel im neuen Stadtquartier scheint dies zu bestätigen: Mit der Planung der Nordhaide ist familien-gerechtes Wohnen vorbildlich umgesetzt. Familien nehmen dieses Angebot dankend an.

Und was kurze Wege und Barrierefreiheit betrifft: diese sind auch für ältere Menschen von Vorteil. So wird ein langes Verbleiben in gewohnter Umgebung ermöglicht. Ein Alten- und Servicezentrum würde das Angebot noch abrunden. Die Nähe zur Natur ist auch für Ältere angenehm und animiert zu Spaziergängen. Das Einkaufszentrum und ein Ärztehaus vor der Tür sichern die tägliche Versorgung.

Ich freue mich schon, zusammen mit meiner Frau in „unserem“ Viertel alt zu werden.

Michael Hardi,
Stadtplaner und zufriedener
Einwohner

- hoher Anteil an gefördertem Wohneigentum („Münchener Modell“; 33 Prozent)
- hoher Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum (33 Prozent)
- soziale Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe (Stichwort: kurze Wege)
- fußgänger- und kinderfreundlich, da verkehrsberuhigt
- Förderung sozialer Kontakte durch Fußweg „Diagonale“ mit dort angelaagerten Freizeiteinrichtungen für Kinder und Erwachsene
- Tiefgaragen mit Stellplätzen in einer Flucht und ohne Nischen.

Ergänzend zum hohen Wohnwert des Viertels und damit zur Lebensqualität aller Bevölkerungsteile tragen bei:

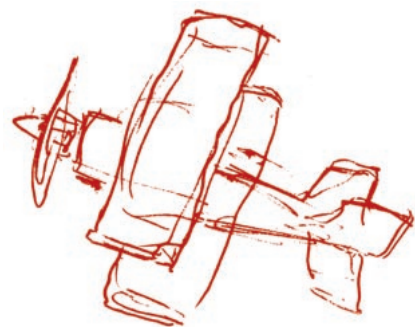
- abwechslungsreiche Architektur (z. B. Katholisches Dominikuszentrum und Grundschule)
- enge Anbindung an die Natur (NSG als „Schatz“) wird durch allgegenwärtige Präsenz, etwa durch Blickpunkte und Sichtachsen, hervorgehoben.

Damit geht eine Aufwertung einher, sowohl bezüglich sozialer Kategorien als auch (längerfristig gesehen) als Geldwertevorteil im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens. Basis hierfür sind vor allem zwei grundlegende Weichenstellungen:

- 1) Bebauung nur eines Bruchteils der ehemaligen Panzerwiese (Planungsgebiet: 100 Hektar, Siedlungsbereich: 30 Hektar)

- 2) Erhaltung der glazial bedingten Landschaft Nordhaide als eines einzigartigen Naturraums mit hohem Freizeitwert.

Im Hinblick auf das städtebauliche Gesamtgefüge des Großraums München kann bezüglich der Nordhaide eine Profilbildung vor allem in Richtung auf familienfreundliches Planen und Bauen ausgemacht werden.



Gleiche Chancen: Die beruhigte Stadt

Neugestaltung der Schiffgasse in Amberg



Entlang der Schiffgasse soll am linken Vilsufer eine Promenade entstehen. Die Autos parken künftig an den Häusern.

Ankerplatz für Erinnerungen

„Kleinvenedig Ambergs“ könnte man die Schiffgasse nennen. Zwar gibt es keine Gondeln oder Gondoliere, die verliebte Pärchen unter Kram- und Schiffbrücke hindurch zur Stadtbrille und weiter durch die Vilsauen zum exklusiven Hotel Drahthammer-Schlössl verfrachten würden. Stattdessen haben sich als beliebte Touristenattraktion die Plattenfahrten etabliert. Die flachen Schiffe erinnern an die Zeit des Eisen- und Salzhandels auf Vils und Naab.

Die Schiffgasse ist dabei, sich zu mausern. Fand man dort Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch be-

engte Wohnverhältnisse mit winzigen Stuben und nasskalten Wänden vor, so ist inzwischen ein Teil der Häuser im Quartier grundsaniert. Knorrige Robinien säumen den Uferstreifen, an dem hier und da Treppen hinab zum Wasser führen. Malerische Brücken überspannen den Fluss und im Wasser spiegelt sich die Stadtbrille als Wahrzeichen der Vilsstadt. Zusammen mit der historischen Bausubstanz verströmt das Fließgewässer also viel Idylle. Die marode Ufermauer ist allerdings ein Problem, das angegangen werden muss.

Im Zug der geplanten Sanierung wurde über die Umgestaltung der Straße nachgedacht, und zwar nicht nur in rein baulicher Hinsicht. Als

mustergültig lässt sich die neue Lösung bezüglich der Interessensabwägung bezeichnen. „Zu Beginn der Planung hieß es: Gut, wir machen jetzt einfach diese Mauer. Die müssen wir richten. Aber dann wurde klar: Wenn wir jetzt die Chance haben, in der Zonierung grundsätzlich was zu ändern, dann sollten wir diese Chance nutzen“, sagt Architekt Andreas Kampik. Mit seinem Münchner Büro hat er sich um die Amberger Stadtplanung auch schon bei der programmatischen Gestaltung der Bodenbeläge und im Rahmen der Landesgartenschau verdient gemacht. Angesichts der Schiffgasse gerät er ins Schwärmen: „Beim Zeughaus hat man ja den wunderbaren
Fortsetzung S. 29

Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen

Stadtbaurätin Martina Dietrich im Interview
Auf das Gespräch setzen



Stadtbaurätin Martina Dietrich, Amberg.

Schlagwort „Gender Mainstreaming“: Da geht es vor allem um Chancengleichheit, also darum, verschiedensten Interessen nachzukommen und möglichst allen Bedürfnissen gerecht zu werden, seien es nun alte oder junge Menschen, Singles oder Familien, deutschstämmige Menschen oder ausländische Mitbürger, eben alle Interessensgruppen in verschiedensten Lebenslagen. Sehen Sie da Nachholbedarf seitens der Stadt?

Frau Dietrich: Ich glaube, dass es schon sehr wichtig ist, die verschiedenen Interessensgruppen in einen Planungsprozess mit einzubinden. Dabei sollte man aber Alternativen schon vorlegen können. Eine völlig freie Einbindung funktioniert meistens nicht.

Mit Alternativen meinen Sie jetzt verschiedene Vorschläge, also eine Art Rahmenplanung, oder?

Frau Dietrich: Ja genau. Ich denke, dass man mit Personengruppen arbeiten kann, wenn man sagt, dieses oder jenes ist möglich oder dieses oder jenes geht von vorn herein nicht. Ganz freies Arbeiten löst ei-

gentlich nur Frustration aus. Ich denke, dass man schon vorher Planungsstände haben muss und ein politisches Gremium vorher eingebunden sein muss. Als Baureferat kann ich ja nicht mit eigenen Vorschlägen hingehen, sondern muss mir natürlich vorher das Votum des Gremiums holen. Die Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen muss wirklich professionell begleitet, kommuniziert und moderiert werden, glaube ich. Das ist ganz wichtig, sonst löst es bei allen Beteiligten fürchterliche Frustrationen aus.

Ist es nicht sinnvoll, Beteiligungsprozesse öfter zu initiieren?

Frau Dietrich: Grundsätzlich ist das Thema Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen institutionalisiert. Wenn ich einen Bebauungsplan mache, habe ich eine Bürgerbeteiligung, die zwei Mal stattfindet. Damit ist es eigentlich vom Recht her abgedeckt. Was ich immer erlebe ist, dass das seitens der Bürgerinnen und Bürger nicht wahrgenommen wird, wahrscheinlich, weil es zu sehr institutionalisiert ist – kann schon sein. Zweitens, dass sich die Leute das, was da auf dem Plan ist, überhaupt nicht vorstellen können. Sie erfassen das nicht, weil ihnen das zu abstrakt ist und weil es nicht mit Bürgerworten erklärt wird. Dadurch entstehen dann oft Missverständnisse. Im Fall der Schiffgasse haben wir einen guten Kompromiss gemacht, finde ich, und das Konzept ist wandelbar in alle Richtungen.

Es stellt sich immer wieder die Frage, wo der Ansatz von Gender Mainstreaming über die übliche städtebauliche Abwägung, wo Interessen und Notwendigkeiten abgeglichen werden, hinaus geht. Wo könnten Sie im Fall der Schiffgasse da einha-

ken, etwa über eine Statistik über Bewohnerschaft und Lebensgewohnheiten der Kinder sowie Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und Herkunft? Um konkreter zu werden, müsste man z. B. schauen, wer erwerbstätig ist, Frauen oder Männer, jeweils in Teil- oder Vollzeit, wer Versorgungs- und Pflegearbeit leistet, Frauen oder Männer, wer somit etwa auf ein Auto angewiesen ist, um größere Lasten, Kinder oder Senioren zu befördern usw. Auf diese Weise würde sich dann herausstellen, ob man etwa Frauen strukturell benachteiligt hätte, etwa für den Fall, dass die Planer für die Schiffgasse keine Parkplätze mehr angeboten hätten. Außerdem: Wer entlastet wird, wenn man etwa eine Spielstraße einrichten würde mit z. B. einem Bereich, der kleine Kinder vom Wasser abschirmt, so dass sie nicht ständig unter Aufsicht stehen müssen. Oder: Wo gibt es in der Nähe überhaupt einen Spielplatz? Wo haben Senioren einen Freiraum draußen?

Frau Dietrich: Das machen wir bei größeren Gebieten. Soziale Stadt war jetzt ein Thema, Luitpoldhöhe war ein Thema. Hier in diese Richtung zu arbeiten, scheitert bei uns aus Kapazitätsgründen. Wir machen das alles nebenbei. Um Pläne zu kommunizieren, braucht man Zeit, und das ist das eigentliche Problem, das wir in der Verwaltung haben. Wir sind ständig mit Verwaltungshandeln beschäftigt. Dass ich Planungen den Bürgern erkläre, dass ich da überhaupt rankomme an den Bürger, dafür hab ich oft nicht die Zeit.

Wobei sich aber ja schon gezeigt hat, dass es sinnvoll ist für eine optimierte und nachhaltige Planung. Also längerfristig gesehen wäre das sicher eine sinnvolle Investition, auf

solche Beteiligungsprozesse stärker zu bauen, oder?

Frau Dietrich: Das ist ganz sicher ein Thema, dass man die Bürgerinnen und Bürger stärker mit einbindet, dass man Verständnis bekommt, auch während der Bauphase. Es ist ja nicht lustig, wenn ein dreiviertel Jahr vor der Haustür gebaggert wird. Da müssen die Leute Verständnis haben, und das bekommt man nur, wenn sie sagen: Ja, das halte ich jetzt aus, weil hinterher bekomme ich was ganz Tolles. Momentan bekommen wir ja eher ständig das Gefühl vermittelt, dass wir was Böses tun, wenn wir was bauen. Ja! Das ist so! Wenn ich eine Straße neu

herstelle oder ich repariere was, dann hab ich immer so das Gefühl, ich würde denen was antun. Das will ich aber gar nicht! Das ist grundsätzlich eine Haltung, die geändert werden muss, und das geht wahrscheinlich nur im Gespräch.

Welche Möglichkeit besteht seitens der Stadt zu mehr Transparenz und Partizipation?

Frau Dietrich: Wichtig ist, dass man nicht ganz offen in diesen Prozess reingeht, sondern sagt: Ich habe als Stadt die Vorstellungen A, B, C. Das ist möglich, das diskutieren wir, da suchen wir die beste Variante raus, und die wird dann verfeinert. Sonst

bekommen Sie gar keinen Konsens. Da haben Sie dann 17 Meinungen und 17 Pläne, und dann wissen sie ein Jahr später immer noch nicht, was Sie ausbauen sollen.

Vielleicht muss ja die Beteiligung bei Rahmenplanung und Bebauungsplanung sowie bei Neubausprojekten und Sanierungen jeweils woanders ansetzen.

Frau Dietrich: Genau das ist das Thema. Ich kann da nicht mit der Gießkanne drübergehen, sondern muss es auch von Fall zu Fall sehen. Man muss also wirklich sehen, was baue ich und was verändere ich im Umfeld von Leuten.

Weg am Ufer entlang. Mit dem Fluss, der mitten durch die Stadt fließt, ist das von der Optik her eine einmalige Situation. Wie sich das hochdramatische Bild mit dem Martinsturm da im Wasser spiegelt, das ist schon toll! Bisher war das als Stadtraum hergeschenkt.“

Alles an seinem Platz

Für die Zukunft ist eine dreifache Zonierung geplant, bei der Fußgänger, Auto- und Radfahrer gleichermaßen berücksichtigt werden. Der Gedanke dahinter ist, „die Wichtigkeiten in dieser Straße zurechtzurücken“, so Kampik. Momentan kann man eine wunderbare Ufersituation vorweisen, die aber von Autos verstellt ist. Zwar parken dort relativ wenige Fahrzeuge, die das Gesamtbild aber nachhaltig stören. Verwirrend wirkt die Wegeführung vor allem auf Fußgänger. An

Stadtbrille und Zeughaus vorbei besteht bereits seit der Landesgartenschau (LGS) 1996 ein attraktiver Spazierweg, der sich nach Süden an der Vils entlang und quer durch die Anlagen der LGS in den Vilsauen fortsetzt. In der Schiffgasse bricht die Verbindung urplötzlich ab.

Ein zweiter Gesichtspunkt in Sachen Fußgänger betraf die Senioren aus dem Marienheim, ergänzt Planer Kampik. „Die wollten einfach eine bessere Anbindungsmöglichkeit in die Stadt haben, einen bequemen Weg“. Von diesen Grundvoraussetzungen aus gehe es dann ganz schnell ins Detail und zu der Frage, wie sich die verschiedenen Aspekte alle zusammenbringen lassen. Schließlich waren ja auch die Anwohner mit ihren besonderen Bedürfnissen als Nutzer des Wohnquartiers zu berücksichtigen, nicht zu vergessen die Vorgaben von Verkehrs- und Wasserwirtschaftsamt.

Den Mainstream lenken

Bei der Schiffgasse der Gegenwart handelt es sich vorwiegend um ein Wohnquartier, um einen ganz normalen Straßenzug also, welcher den ganz alltäglichen Bedürfnisse seiner Nutzer, sprich: der Anwohner, genügen muss. Über die beiden verpflichtenden Bürgerbeteiligungstermine hinaus hielt das Stadtplanungsamt nach teils hitzigen Diskussionen eine Anwohnergerversammlung ab, bei der die Neuerungen dargelegt und erläutert wurden.

Auf diese Weise ist es gelungen, die Anwohner in den Entscheidungsprozess mit einzubinden und einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Es wurde ein Konsens hergestellt, mit dem alle leben können, da er auch Spielräume lässt, etwa bezüglich der Stellplätze. Für deren Platzierung wird der glückliche Umstand genutzt,



Straßenzug im Zickzack: Die Nischen werden künftig als Parkplätze genutzt.

dass die Fassadenflucht in ihrem Grundriss nicht plan zur Straße verläuft. In den verbleibenden Winkeln können Autos direkt an den Häusern untergebracht werden, ohne dass sie durch die Fenster im Hochparterre zu sehen sind. Je nach Wunsch der jeweiligen Anwohner ist in diesen Nischen ein Stellplatz vorgesehen oder eben nicht. Einen weiteren Vorteil bringen die dort parkenden Autos mit sich: Sie drücken den Auto- und Radverkehr von den Häusern weg, so dass an den Hauseingängen eine Pufferzone entsteht.

Gegendertes Pflaster

Als Stadt kann Amberg auf eine 950 Jahre währende Geschichte zurückblicken. Bei Sanierungen ist die mittelalterliche Anmutung insbesondere des Stadtkerns zu berücksichtigen.

Dies gilt auch für den Bodenbelag. Im Vergleich zwischen geteerten Straßen und Gassen und solchen mit Pflasterbelag zeigt sich, dass nur ein kleinteiliges Pflaster Atmosphäre vermittelt. Andererseits soll der Bodenbelag für den täglichen Gebrauch gut begehbar sein, so dass eine Lösung beides vereinen muss: Historisches Flair und Bequemlichkeit. Bereits in den 1990er Jahren hat sich das Münchner Architektenbüro Kampik grundsätzlich Gedanken zum Thema Bodenbeläge auf Ambergs Straßen und Plätzen gemacht.

Rückbau der Gehsteige

In der Schiffgasse werden die Gehsteige im Zuge der Sanierung entfernt. Was auf den ersten Blick nach einer Benachteiligung der Fußgänger aussieht, gestaltet sich bei näherem Hin-

sehen als Vorteil. Abgesehen davon: Straßen und Gassen ohne Trottoir entsprechen dem historisch überlieferten Stadtbild. Insofern lässt sich durchaus von einem Rückbau sprechen, welcher die Wichtigkeiten von Autoverkehr und dem „Verkehrsmittel“ Fußgänger zurechtrückt: Ein Fahrstreifen für die Autos wird zwar integriert, aber Fußgänger und Radfahrer dürfen ihn gleichberechtigt nutzen.

Stadtbaurätin Martina Dietrich dazu: „Die Straße wird insgesamt ebenerdig ausgebaut. Es soll also keinen abgesetzten Fußgängerbereich mehr geben, sondern wir haben eine Mischfläche. Damit kann sich der Fußgänger viel freier bewegen. Der Autofahrer muss aufpassen, also kann nicht einfach durch die Straße durchpreschen, weil ja Leute die Straße queren und sich auch in dem Bereich aufhalten können. Durch diese Mischfläche tritt eine Verkehrsberuhigung ein. Der Autofahrer ist nämlich nicht bevorzugt, sondern der Straßenabschnitt hat eine ganz andere Aufenthaltsqualität, was sich psychologisch so auch vermittelt. Aber wir schließen die Autofahrer nicht aus. Die Position, dass das eine reine Uferpromenade wird, wo kein Auto mehr durchfahren darf, ist mit den Anliegern diskutiert worden, und war nicht gewünscht. Wir haben die Funktionen in diesem Bereich aufgenommen. Das ist überwiegend Wohnen, und die Leute wollen da hinfahren, wollen da was ausladen und wollen da auch parken.“

An die Stelle der konventionellen Aufteilung Gehweg – Straße tritt eine dreifache Zonierung, nämlich Uferpromenade – multifunktionaler Mittel- und Fahrstreifen – Pufferzone mit Hauseingängen und Stellplätzen. Diese drei Zonen sind durch das Pflaster markiert.

Für Gehqualität sorgt die Beschaffenheit des kleinteiligen Pflasters. Als Gesteinsart wurde Bayerischer-Wald-Granit gewählt, welcher feinkörnig „gewachsen“ ist und ferner die Eigenschaft hat, zu spalten und somit eine glatte Oberfläche hervorzubringen.

Angemerkt

Verständlich ist, dass direkte Bürgerbeteiligungen (wie etwa eine AnwohnerInnenversammlung) unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Denn schließlich handelt es sich bei solchen Planungen um die Gestaltung des unmittelbaren Umfelds, der Privatsphäre also. Befremdlich würde erscheinen, wenn sich AnwohnerInnen für ihre Meinung, ihre Wünsche und Bedürfnisse öffentlich zu rechtfertigen hätten. In Fällen wie der Schiffgasse in Amberg, die verschiedene Bedürfnisse auf engem Raum zusammenführt, kann sich die Privatsphäre jenseits festgeschriebener Besitzverhältnisse auch auf Teile der Straße erstrecken. Die Hauseingänge etwa, in Verbindung mit dem Straßenpflaster davor gesehen, bilden zusammen eine Grauzone zwischen „öffentlich“ und „privat“, die im Sinne guter Praxis zu respektieren ist.

Symbolisch drückt sich diese Art von Respekt darin aus, dass sich die Struktur des Pflasters unmittelbar vor den Hauseingängen vom übrigen Belag unterscheidet. Auch auf knappem Raum lässt sich so-

mit ein Bedürfnis realisieren, und zwar nicht mittels Zuteilung einer abgegrenzten Bodenfläche, wohl aber durch Architektursprache, welche sich in Form des besonderen Pflasterbelags ausdrückt: „Achtung: Hier wohne ich! Hier gehen wir ein und aus, hier soll kein rücksichtsloser Radfahrer über meine Zehen fahren und kein Fußgänger mich anrempeeln“.

Anders herum betrachtet ist es verständlich und nachvollziehbar, dass ein allgemeines Interesse an der Gestaltung des öffentlichen Raums besteht. Interessen und (Heimat-)Gefühle lassen sich eben nicht nur an den Besitzverhältnissen festmachen. Sie erfordern den Dialog und die Wahrnehmung verschiedener Befindlichkeiten. Eben darin besteht die Umsetzung von Chancengleichheit im Sinn von GMS als einer echten Querschnittsaufgabe, die den Wechsel der Perspektive weg von dogmatischen Forderungen hin zu einer Gesamtschau öffnet. In ihren Feinheiten lassen sich GMS-Prozesse auch als eine Art westliches Feng Shui betiteln, als eine Art Technik nämlich, eine Haltung der Achtsamkeit gegenüber Verhältnissen und auch Grenzen baulich auszudrücken.

Für noch mehr Gehqualität – etwa für Rollstuhlfahrer und Mütter mit Kinderwagen – sorgen Platten im Bereich der Uferpromenade. Andreas Kampik dazu: „Das spürt man ja, ob man auf dem Pflaster geht oder auf Platten. Das sind ganz andere haptische Erlebnisse.“ Was die Mehrfachnutzung ein- und desselben Raumangebots – etwa des breiten Mittel- und Fahrstreifens – angeht, gilt es umzudenken in Richtung auf ein Miteinander, das laut Kampik im laufenden Betrieb gut funktioniert:

„Materialien senden auch Signale aus. Das gewohnte Bild, was man von der Straße hat, das steht ja fest, und man richtet sich danach. Normalerweise gibt es einen Fahrstreifen, und als Autofahrer richtet man sich nach dem Fahrstreifen, weil man diese Breite braucht. Außerdem gibt es einen Gehstreifen, der sich über die Oberfläche definiert. Mit dem Plattenbelag ist die Signalwirkung noch

größer: Der Gehstreifen ist für den Fußgänger da. Deshalb hat man Hemmungen, dort zu fahren oder zu parken, was ja auch verboten ist. Der Autofahrer ist also auf den für ihn vorgesehenen Bereich fixiert. Der Fußgänger wählt den bequemsten und sichersten Weg. Aber wenn er mehr Platz braucht, z. B. als Gruppe, greift er aus in den Raum, den er braucht.“

Als zukunftsweisend erscheint ein solches Konzept vor allem deshalb, weil es tatsächlich die Wichtigkeiten zurechtzurücken vermag, und zwar gerade durch ein durchlässigeres Gestalten von Grenzen wie es hier sehr deutlich mit der neuen dreifa-

chen Zonierung befördert wird. Für Wohnquartiere mit wenig Durchgangsverkehr bietet sich das Konzept als zielführend an. Insbesondere in den Innenstädten kann man auf diese Weise für ein Stück Lebensqualität sorgen.



Ende gut, alles gut: Bei BürgerInnenbeteiligungen geht es oft hoch her. Aber wenn das Ergebnis passt, kann man/frau den Daumen heben.